Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 274. Freitag den 23. November. 1849.

Die Frage über den Fortbestand des alten Bundes.

Es kann kein Zweifel mehr sein, daß die österreichische Politik in der deutschen Sache mehr und mehr die Wendung nimmt, die Restauration der alten Bundesverhältnisse in einer formellen Wiedergeburt durch den österreichisch-preußischen Dualismus auszusprechen! Es ist die ganz bestimmte Ansicht des österreichischen Kabinets geworden, daß der engere Bundesstaat und das Bündniß vom 26. Mai als eine Auflösung des alten Bundes zu betrachten sei und daß man ihm nicht den Raum innerhalb der Verträge von 1815 zugestehen könne, welchen Preußen, auf den Wortlaut des Art. II. der Bundesakte sich stützend, dafür in Anspruch genommen habe. Oesterreich geht in dieser Ansicht allerdings von der ganz richtigen Voraussetzung aus, daß der junge Geist zuletzt immer stärker sein wird als der alte Leib, und daß ein Feuer, welches man auf den Höhen anzündet, weiter in das ganze Land hinein leuchtet, als die freilich uralten und ebenfalls von ihrer Unvergänglichkeit zeugenden Sumpflichter und Irrwische in der Tiefe. In diesem Widerspruch, welchen Oesterreich gegen Preußen erhoben hat und immer kategorischer erheben wird, liegt zugleich eine glänzende Anerkennug für das nationale Vereinigungswerk, welches in die Hände Preußens gelegt ist, und das nach dem ganzen historischen Beruf unsers Staats darin verbleiben muß!

Die Frage über die Fortexistenz des alten Bundes wird bald die diplomatische Hauptfrage sein, um die es sich bei der Entscheidung über das Schicksal Deutschlands handelt, und die österreichische Publizistik beutet schon jetzt diesen Gegenstand im Interesse Oesterreichs und zu Ungunsten Preußens mit der dort in dieser Sache beliebten Heißblütigkeit aus. Ein politisches Interesse hat diese Frage gar nicht, und die nationale Bewegung, die am meisten den christlichen Grundsatz befolgen muß, nicht alte Flecken auf ein neues Kleid zu heften, hat damit natürlich gar nichts zu schaffen, sondern kann nur ein ihr in den Weg geschobenes künstliches Hinderniß der Diplomatie darin sehen, das sie nach Umständen wegschwemmen, modifiziren oder ebenfalls mit Anwendung diplomatischer Hülfsmittel ableiten muß. Wir wollen aber gleich so ehrlich sein, zu gestehen, daß es eine nationale Bewegung in der deutschen Sache in diesem Augenblick in Deutschland nicht giebt, wogegen wir um so stärker und umfassender daran festhalten müssen; daß Preußen als der einzige Anwalt des nationalen Elements in Deutschland übrig geblieben ist, und daß es bei der Stockung, welche die deutsche Nationalsache im Volke selbst erlitten, die unentreißbare Aufgabe der preußischen Regierung geworden, hier Alles zu thun und zu vollenden, was die nationale Bewegung selbst unvollendet gelassen. Das Bündniß vom 26. Mai war als Torso geboren, wies aber in dieser Hinsicht, wie nur irgend ein antikes Meisterwerk der Zerstückelung, auf das Urbild der ganzen und einheitlichen Gestalt, von der es abstammte und zu der es auch in der Idee wieder zurück wollte, hin! Wie aber der Torso beständig an sein Ganzes als an sein Leben appellirt, so hält auch das Bündniß vom 26. Mai die Appellation an die National-Idee ewig wach und ist gewissermaßen die diplomatische Vermittelung mit derselben. Das Bündniß vom 26. Mai ist die Diplomatie der nationalen Bewegung, aber sie wurzelt in derselben und will nichts als was die nationale Bewegung gewollt hat und wollen wird, nämlich eine feste Nationalgestaltung Deutschlands, wenn auch unter denjenigen Garantien, die zu jeder dauernden politischen Organisation unerläßlich sind! Die preußische Diplomatie geht in dieser Sache jedenfalls auf die Zukunft. Die österreichische Diplomatie will die Vergangenheit, und pocht darum auf die Ausschließlichkeit und Unzerstörbarkeit des alten Bundes in einem Augenblick, wo keine Macht der Welt mehr im Stande sein würde, aus den umherliegenden Trümmern der Verträge von 1815 noch für irgend einen Zweck eine lebensfähige Form zurechtzukneten.

Die diplomatischen Verhältnisse zwischen Oesterreich und Preußen unterliegen daher in diesem Augenblick wieder großen Schwierigkeiten, und welcher Schritt auch in der nächsten Zeit gethan werden möge, sei es durch den wirklichen Zusammentritt der neuen Central-Kommission in Frankfurt, sei es durch die wirkliche Ausschreibung der Wahlen zu dem Erfurter Parlament, etwas Entscheidendes ist damit nach keiner Seite hin geschehen, und die peinliche und aussichtslose Schwebe der Verhältnisse wird dadurch immer nur einen neuen Anstoß erhalten! Die preußische Diplomatie streckt bis jetzt noch ihre zartesten Fühlhörner aus, um mit dem systematischen Widerstand Oesterreichs sich so wenig als möglich zu berühren und nicht durch eine unzeitige Collision provisorische Stellungen wieder aufzuopfern, die man sich eben erst mit großer Mühe gegenseitig abgewonnen, und auf die man im Interesse des Definitivums Werth legen zu müssen glaubt! Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Preußens befindet sich jetzt unläugbar in taktvoller und kundiger Hand, welche den gestaltenden Ideen der Zeit mehr Einfluß auf diesem Gebiet gestattet, als dies sonst, wo man durch Transaktionen eigentlich nur die Ideen beseitigen wollte, für möglich gehalten wurde. Die gegen Oesterreich eingenommene diplomatische Stellung Preußens ist daher mit Recht so lange eine abwartende und rücksichtsvolle geworden, als die österreichischen Absichten auf Deutschland sich noch nicht klar und vollständig entschleiert haben, und als Oesterreich noch keine andern Hinderungsmittel gegen den engeren Bundesstaat ergreift, als diejenigen sind, welche vor der Hand in einer unfruchtbaren Apologie des alten Bundes und in einer lahmen Hinweisung auf die Eroberungs-Gelüste Preußens in Deutschland bestehen! Oesterreich und Preußen haben jetzt in der deutschen Diplomatie gewissermaßen die Rollen ausgetauscht, und diese Situation muß man zum Besten der Sache noch eine Zeitlang gewähren lassen. Die österreichische Politik that sich lange etwas darauf zu Gute, daß sie sich in die Weisheit einer negativen und abwartenden Stellung gegen Deutschland gehüllt, obwohl zugleich darauf hingewiesen wurde, daß nach Beendigung des ungarischen Krieges Oesterreich mit positiven Vorschlägen sowohl für sein Verhältniß zu Deutschland als auch für die Ordnung der deutschen Angelegenheiten überhaupt heraustreten wolle. Diese positiven Vorschläge Oesterreichs haben sich aber bis jetzt nur auf eine diplomatische Benutzung der materiellen Interessen und auf das Zoll-Einigungs-Projekt mit Deutschland erstreckt, von jedem politischen Gesichtspunkt und Organisationsgedanken aber noch entschieden abgesehen. Daß die neue österreichische Politik gegen Deutschland zunächst nur eine materielle Tast-Politik sein würde, ließ sich schon aus der oft wiederholten Aeußerung des Fürsten Schwarzenberg auf dem Wiener Eisenbahnfeste entnehmen, wo der Chef des österreichischen Kabinets gerade mit Hinweisung auf die materiellen Interessen die deutsche Einheit auf die Einigung zurückführte, die ihr vorangehen müsse und daher zuerst von Oesterreich wie von Deutschland anzubahnen sei.

Immerhin aber war zuzugestehen, daß Oesterreich seine Politik gegen Deutschland verändert hatte und daß es sich plötzlich bemühte, in der deutschen Frage obenan und vorn auf dem Platze zu erscheinen, während Preußen nun die zuwartende, beobachtende und zaudernde Stellung, mit einem Wort: die negative Position, in Bezug auf das Interim anzunehmen schien. Oesterreich dagegen beeilte sich, von dem neuen diplomatischen Terrain Besitz zu ergreifen, seine Bundes-Kommissarien erscheinen in Frankfurt zuerst auf dem Platze, oder senden ihre Pferde voraus, um bei Zeiten mit aller Bestimmtheit angekündigt zu werden. Zu ihrem Wohnsitz in Frankfurt wird das Palais in der Eschenheimer Gasse bestimmt, worin zur Zeit des alten Bundestages der österreichische Bundes-Präsidial-Gesandte wohnte. Aber nicht bloß den äußeren Anschein läßt Oesterreich obwalten, als handele es sich lediglich darum, auf gewohntem Terrain die Verhältnisse des alten Bundestages wieder aufzunehmen und neu zu befestigen. Es bemüht sich seit einiger Zeit ganz ausdrücklich, sowohl durch seine ministeriellen Organe, wie auch durch eine offizielle Ausführung, welche in diesen Tagen bei der preußischen Regierung eingegangen ist, darzuthun: „daß der Bund von 1815 nicht nur als fortexistirend, sondern als maßgebend und auch formell wie prinzipiell hinderlich für alle von den Grundlagen desselben abweichenden Bestrebungen Preußens anzusehen sei!“ Alle österreichischen Zeitungen, welche die ministerielle Politik unterstützen, erklären sich plötzlich mit einer merkwürdigen Einhelligkeit für die Integrität und Unberührbarkeit der alten Bundesverhältnisse Deutschlands, und die neuerstandene „Oesterreichische Reichszeitung“, welche von einem der bedeutendsten österreichischen Publizisten, Dr. Landsteiner, redigirt wird, stellt es als die Grundansicht ihres deutschen Programms auf: daß die Politik Oesterreichs vornehmlich in dem beständigen Widerspruch gegen die preußische Auffassung des alten Bundes und gegen dessen versuchte Alteration zu bestehen habe. Es wird dabei besonders auf die Ansicht zurückgegangen, welche Herr v. Bodelschwingh bereits am 17. Okt. in der Sitzung des Verwaltungsraths zu Berlin ausgesprochen hatte, und die unumwunden dahin gegangen wäre: die Bundes-Verfassung bestehe nicht mehr zu Recht, indem mit der Bundesversammlung nicht nur eine Form, sondern die wesentlichste organische Einrichtung des Bundes untergegangen sei, ohne daß irgend ein Bundesglied ein Recht auf die Wiederherstellung habe! Aus dieser Darlegung des Hrn. v. Bodelschwingh hatte sich aber der ganz richtige und natürliche Schluß ergeben: daß ein Widerspruch zwischen dem zu errichtenden Bundesstaate und der alten aber nicht mehr gültigen Bundes-Verfassung nicht möglich sei, während die Rechte und Pflichten, die aus dem Bundes-Vertrage von 1815 entspringen, insoweit sie überhaupt noch einen Gegenstand haben, allerdings aufrecht blieben, da die Wahrung derselben zugesagt sei.

Die am 12. Juli vorigen Jahres eingesetzte provisorische Centralgewalt konnte eben so wenig für eine Nachfolgerin der alten Bundes-Versammlung gelten, als dies von der neuen aus dem Vertrag vom 30. September hervorgegangenen Bundes-Central-Kommission zu behaupten sein wird. Denn beide Einrichtungen hatten ihren provisorischen Bestand eben nur darin gefunden, daß sie unter Anerkennung ganz neuer Verhältnisse, mit denen der Fortbestand des alten Bundes nicht mehr zu vereinigen war, den Uebergang zu einem Definitivum erleichtern sollten, bei welchem letzteren die ursprüngliche Forderung eher auf einen direkten Gegensatz des alten Bundes als auf seine Wiederherstellung gerichtet war. Selbst wenn ein neues Definitivum gar nicht erreicht werden sollte, so würde daraus noch immer nicht gefolgert werden können, daß der Bund von 1815 in seinen alten Verhältnissen mit Recht fortbestehe, denn die Unmöglichkeit seines rechtlichen Fortbestandes war eben die Voraussetzung gewesen, worin man bei dieser ganzen Bewegung ausgegangen war und worin die deutschen Regierungen den nationalen Forderungen nachzugeben genöthigt gewesen. Oesterreich selbst hatte am meisten dazu beigetragen, die alte Bundesversammlung in ihrer Integrität aufzulösen und durch die Berufung einer constituirenden Versammlung aus allgemeinem Wahlrecht zu ersetzen, denn bei allen diesen Schritten, welche im vorigen Jahre in Frankfurt geschahen, waren die Organe der österreichischen Regierung vorzugsweise thätig, wie dies der von Camphausen abgefaßte Commissionsbericht über die letzten der Kammer vorgelegten deutschen Aktenstücke sehr wirksam ins Licht gesetzt hat. Auf die alten Bundesrechte von 1815 war nichts als ein Interims-Vertrag zu gründen, wie er am 30. September zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossen wurde. Diese Convention sucht zwar an der „bestehenden Bundesgesetzgebung“ (§ 6) einen Anhalt für die der Bundes-Kommission zugewiesenen Geschäfte; es liegt aber in der Natur des Interims, die Vergangenheit nur als Vermittelung und Hebel der Zukunft aufnehmen zu dürfen, denn in den ehrlichen Absichten auf die Zukunft kann und darf allein das Recht des Interims liegen! Der Interims-Vertrag bezeichnet aber ausdrücklich (§ 3 und § 4) die „deutsche Verfassungs-Angelegenheit“ und deren „Abschluß“ als die eigentlichen Gränzen seines Bestehens, und da diese deutsche Verfassungs-Angelegenheit zugleich „der freien Verein-

barung der einzelnen Staaten überlassen" ist, so ist hier von dem alten Bundesrecht als von einer inneren oder äußeren Instanz durchaus nicht mehr die Rede, und wir würden es für ein ungeheueres Kunststück halten, wenn die österreichischen Politiker beweisen könnten, daß durch den Vertrag vom 30. September der alte Bund eine neue Anerkennung oder Befestigung gewonnen! — **Theodor Mundt.**

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 70. Sitzung vom 21. Novbr.

Die Sitzung wird um 10¼ Uhr vom Präsidenten v. Auerswald eröffnet.

Am Ministertisch finden sich ein: v. Ladenberg, Simons, Graf v. Brandenburg, Reg.-Kommiss. Oberst-Lieutenant v. Griesheim, v. Manteuffel.

Im 2ten Trierer Wahlbezirke ist die Neuwahl des Handels-Gerichts-Präsidenten Lautsch (?) erfolgt. Der Abgeordnete v. Rother erhält Urlaub auf drei Wochen.

Der Kriegsminister zeigt an, daß der Oberst v. Griesheim ihn heut vertreten werde.

Tagesordnung: I. Nochmalige Abstimmung über das Amendement Bornemann zum Antrage des Abg. Walter.

v. Bockum-Dolffs spricht gegen das Amendem., Bornemann dafür.

Der Antrag wird nochmals angenommen.

II. Bericht des Central-Ausschusses über Tit. V. Art. 60—84 einschließlich: Von den Kammern.

Berichterstatter Abg. Baumstark verliest den Bericht des Central-Ausschusses über die Ueberschrift und Art. 60 und 61, und da keine Debatte stattfindet, wird bei der Abstimmung die Ueberschrift angenommen; desgl. werden Artikel 60 der Verfassung und Art. 61 nach dem Vorschlage des Central-Ausschusses angenommen. Art. 61 lautet: „Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. Gesetzesvorschläge, welche durch eine der Kammern oder den König verworfen worden sind, können in derselben Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden."

Der Berichterstatter fährt im Vortrage des Berichtes über Art. 62—65 incl. fort. Darauf werden sämmtliche eingegangene Verbal-Anträge von du Vignau, Stahl, v. Keltsch, Graf v. Dönhof, Kisker, Brüggemann, Denzin, v. Zander, v. Brünneck, v. Borries und die schriftlich eingereichten von Kuh, Tamnau, Wachler zur Unterstützung gebracht und erhalten dieselbe. Die Debatte wird eröffnet und es melden sich sehr viele Abgeordnete zum Wort.

v. Witzleben erklärt sich für die Nothwendigkeit einer andern Zusammensetzung der 1sten Kammer, als die der zweiten sei; die 1ste Kammer habe den Beruf, die Beschlüsse der 2ten Kammer zu prüfen und dies werde sie eher erfüllen, wenn sie eine Vertretung von Korporationen und Interessen, als eine Abtheilung der zweiten Kammer sei. Im Verlaufe seines Vortrages bespricht der Redner die Hauptpunkte des Amendements von Stahl, für das er sich erklärt hat.

Scheller: In der Bildung der Kammern liegt eine Garantie der Verfassung und daher ist der vorliegende Abschnitt der Wichtigste. Man muß bei dieser Frage zwei Punkte ins Auge fassen: die erste Kammer muß wesentlich konservativ, bedächtig, erwägend sein, die zweite Kammer den Fortschritt darstellen, und beide müssen das Vertrauen des Volkes besitzen. Bevor der Redner über die Wahlsysteme spricht, erklärt er die Anzahl von 180 Abgeordneten für hinreichend und bezeichnet die noch bevorstehenden Volksvertretungen, um diese Zahl als genügend erscheinen zu lassen. Anlangend die Wahlsysteme zur ersten Kammer, so spricht der Redner sich gegen die Pairie aus; es gebe in Preußen etwa 490 Personen, die 8000 Thlr. Einkomme haben, aber es stehe nicht fest, ob dies Brutto- oder Netto-Einkommen sei. Und das Volk habe sich stets gegen eine solche Vertretung ausgesprochen, es habe noch vor wenigen Jahren die rheinische autonome Ritterschaft die „Königsmauer" genannt. Ferner erklärt sich der Abgeordnete gegen die Vertretung der mediatisirten Fürsten, gegen die Vertretung der Geistlichkeit, weil es ein Unrecht sei, da sie nicht allen christlichen Sekten und den Juden einzuräumen; gegen die Provinzial- und Kreisvertretung, weil man diese Basis derzeit noch gar nicht kenne; gegen die Vertretung der Universitäten, weil dieselben nicht mehr Korporationen sind und dies auch nicht durch die schwarzen, rothen und blauen Talare werden; gegen die Vertretung des großen Grundbesitzes, weil dies ein Privilegium der großen Grundbesitzer sein werde. Hinsichtlich der gemischten Wahlsysteme erklärt sich der Redner gegen mehrere Amendements und für das Amendement Kisker.

Präsident v. Auerswald: Der Redner habe ein Wortspiel gebraucht, daß nach der Ansicht eines Mitgliedes dieses Hauses eine Beleidigung involvire; er glaube diese Ansicht nicht annehmen zu können, und wiederhole die Bitte, bei der Wichtigkeit des vorliegenden Gegenstandes die Sache immer im Auge zu behalten.

Scheller bemerkt vom Platze, daß jene Anführung zur Sache gehört habe (hoho!) und er kein anderes Beispiel gekannt. (Zweideutiges Bravo!)

Kisker für sein Amendement, indem er dasselbe motivirt. Dasselbe lautet:

„Die Wahlbezirke für die erste Kammer werden in der Weise festgestellt, daß von jedem Wahlkörper ein Abgeordneter direkt zu wählen ist. In diesen Wahlbezirken ist jeder Preuße, welcher neben der Befähigung zu Gemeindewahlen das 30. Lebensjahr vollendet hat und einen jährlichen Klassensteuersatz von mindestens 18 Rthlr. zahlt, oder einen Grundbesitz im Werthe von mehr als 10,000 Rthlr., oder ein reines jährliches Einkommen von mehr als 1000 Rthlr. nachweist, stimmberechtigter Wähler. Das Nährere über die Feststellung der Wahlbezirke, die Aufstellung der Wählerlisten und den Wahlakt bestimmt ein besonderes Gesetz und bis zu dessen Erlaß das interimistische Wahlgesetz für die erste Kammer vom 6. Dezbr. 1848."

(Um 3 Uhr wird die Sitzung bis morgen früh 10 Uhr vertagt.)

II. Kammer. 58ste Sitzung vom 21. Novbr.

Präsident: Graf Schwerin.

Am Ministertisch: Simons, v. d. Heydt.

Die heutige Nachlese der gestrigen Tagesordnung bietet nur ein sehr geringfügiges Interesse dar. Lärm und Heiterkeit erregt zunächst eine Rede des Abgeordn. Schaffraneck, worin er in Form einer persönlichen Bemerkung den Vorwurf ablehnt, als habe er in seiner Rede über Art. 12 eine Tragödie oder Komödie aufführen, oder auch durch seinen Vergleich des Staates mit einem Blinden und der Kirche mit einem Lahmen Staat und Kirche beleidigen wollen. Er ist übrigens der Meinung, daß die Kammer mit allen ihren Debatten und Beschlüssen der letzten Tage ins Blaue hinein operirt habe; nur der Minister habe den Vogel abgeschossen, oder wie er sich später ausdrückt, bei dem Akkouchement der Verfassung seinen Schnitt, nämlich einen Kaiserschnitt gemacht. (Lärm.) Der Präsident ist der Meinung, daß dies über die Grenzen einer persönlichen Bemerkung hinausgehe. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist hiernach der Bericht der Justizkommission, wonach der Schlußsatz des § 44 des am 19. April 1844 publicirten westpreußischen Provinzialrechts, dahin lautend: „„Auch Zeitpächter von Kirchen- und Pfarr-Grundstücken haben auf diese Befreiung keinen Anspruch"" aufgehoben wird." Nach einer langen und langweiligen Debatte wird jedoch der in dieser Fassung von der Justizkommission vorgelegte Gesetzentwurf abgelehnt und die nachstehende Regierungsvorlage angenommen: „Die Schlußbestimmung in § 44 des Westpreuß. Provinzialrechts findet keine Anwendung, wenn die Befreiung eines auf Zeit verpachteten Kirchen- oder Pfarrgrundstücks von der Deichlast auf einem speziellen Rechtstitel beruht. In diesem Fall ist lediglich nach dem Inhalt und der Beschaffenheit jenes Titels zu beurtheilen, ob die Befreiung und der dadurch begründete Anspruch auf Entschädigung (§ 17 des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Jan. 1848) nicht blos den Fall der Selbstbewirthschaftung, sondern auch der Nutzung durch Zeitpacht in sich haben."

Hierauf erfolgt ein Bericht der Justizkommission, betreffend den Antrag der Abg. Robe und Genossen Abänderung des § 8 der Verordnung vom 2. Januar d. J., über Nutzungen und Lasten der Gerichtsbarkeit in den Städten bezweckend. Die Kammer geht auf Vorschlag der Kommission zur Tagesordnung über. Das gleiche Schicksal hat ein Antrag des Abg. Urlichs, die Geschäftsordnung betreffend.

Nächste Sitzung Freitag den 23. 11 Uhr.
(Tagesordnung: Agrargesetzgebung.)

Berlin, 21. Novbr. Der heutige Staats-Anz. enthält, wie folgt, das Gesetz, betreffend die Aufforderung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam.

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c., verordnen unter Zustimmung der Kammern, was folgt:

Wer eine Person des Soldatenstandes, es sei der Linie oder der Landwehr, dazu auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche zum Beurlaubtenstande gehört, dazu auffordert oder anreizt, der Einberufungs-Ordre nicht zu folgen, wird mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu zwei Jahren bestraft. — Diese Bestimmung findet Anwendung, die Aufforderung oder Anreizung mag durch Wort oder Schrift oder durch ein anderes Mittel geschehen, sie mag von Erfolg gewesen sein oder nicht. Vereinigt die Aufforderung oder Anreizung die Merkmale einer Handlung in sich, welche die Gesetze mit schwererer Strafe bedrohen, so wird diese allein verhängt. — Dieses Gesetz tritt in die Stelle der gleichnamigen Verordnung vom 23. Mai 1849.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel.

Gegeben Sanssouci, den 19. November 1849.

(L. S.) (gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(gegengez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

Dem Grubenbesitzer Karl Andreas Felix Rochaz auf der Zinkhütte bei Mühlheim an der Ruhr ist unter dem 17. November 1849 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Einrichtung eines Schachtofens zur Behandlung der Zinkerze, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich anerkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, nach Braunschweig. Se. Excell. der General der Kavalerie und Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken, v. Wrangel, nach Frankfurt a. d. O.

Se. Maj. der König haben den nachstehend verzeichneten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der von Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge von Baden denselben verliehenen Orden und Ehrenzeichen allergnädigst zu ertheilen geruht. — Es haben erhalten:

I. Den Orden vom Zähringer Löwen erster Klasse: der General-Major v. Niesewand, und der General-Major v. Webern.

II. Den Orden vom Zähringer Löwen zweiter Klasse mit dem Stern: der General-Major v. Münchow und der Oberst Graf v. Schlieffen.

III. Den Orden vom Zähringer Löwen zweiter Klasse mit Eichenlaub: die Obersten: von der Chevallerie, Baron v. Schleinitz, v. Giese, v. Kusserow, v. Rommel, v. Brauchitsch.

IV. Den Karl-Friedrichs-Orden dritter Klasse: die Oberst-Lieutenants: v. Horn, Commandeur des 25sten, Henseler, Commandeur des 24sten, Nolte, Commandeur des 17ten Infanterie-Regiments; die Majors: v. Scholten, von der 8. Artill.-Brigade, Erich, vom Generalstabe, Quednow, aggr. dem Kriegs-Ministerium, v. Boddien, Flügeladjutant; der Rittmeister a. Wachowsky vom 9. Husaren-Regiment, der Rittmeister Graf zu Solms-Laubach vom 8ten Ulanen-Regiment; der Hauptmann Werner von der 8ten Artill.-Brig.; der Premier-Lieutenant v. Reichenbach vom 16ten, der Sec.-Lieut. v. Lepell vom 20. Infanterie-Regiment.

V. Den Orden vom Zähringer Löwen zweiter Klasse: Der Major v. Borcke vom Generalstabe, der Oberst-Lieutenant Schmidt vom 20., die Majors v. Brause vom 24., v. d. Lippe vom 25., Scherbening vom 26., v. Seckendorff vom 26., v. Bialke vom 27., v. Sellentin vom 27., v. Plehwe vom 28., v. Frobel vom 30. Infanterie-Regiment, v. d. Mülbe, 2. Kommandeur des 2. Bataillons (Magdeburg) 2. Garde-Landwehr-Regiments, v. Thiesenhausen, 2. Kommandeur des 3. Bataillons (Düsseldorf) 4. Garde-Landwehr-Regiments, v. Bornstedt, Kommandeur des 2. Bataillons (Iserlohn) 16. Landwehr-Regiments, v. Alvensleben, Kommandeur des 2. Bataillons (Halle) 27. Landwehr-Regiments, v. Weltzien, Kommandeur des 2. Bataillons (Mühlhausen) 31. Landwehr-Regiments, Mai, Kommandeur des 3. Bataillons (Sangerhausen) 31. Landwehr-Regiments, Fließ von der 5. Artillerie-Brigade, v. Stößel vom 38. Infanterie-Regiment (6. Reserve-Regiment), Hindersin vom Generalstabe.

VI. Den Orden vom Zähringer Löwen dritter Klasse mit Eichenlaub: Der Hauptmann Hartmann vom Generalstabe, die Premier-Lieutenants Graf v. d. Gröben von der Adjutantur, v. Rantzau vom 5. Ulanen-Regiment, der Sekonde-Lieutenant Graf v. Schmettau vom 4. Kürassier-Regiment, der Intendantur-Assessor Köllner der Intendantur des 8. Armeekorps, der Divisions-Auditeur Heymann vom Garde-Korps, der Bataillons-Arzt Dr. Hammer vom 3. Bataillon (Aschersleben) 27. Landwehr-Regiments, der Stabs-Arzt Dr. Westphal des Friedrich Wilhelms-Instituts.

VII. Den Orden vom Zähringer Löwen dritter Klasse: die Premier-Lieut. v. Heinemann vom 26., Beyer vom 19. Inf.-Reg., v. Witzendorff I. vom 8. Ulanen-Reg., der Sekonde-Lieut. Krokisius vom 6. Ulanen-Reg., die Prem.-Lieut. v. Lindern vom 11. Hus.-Reg., v. Sperling vom 29., v. Glümer vom 26. Inf.-Reg., der Hauptmann v. Montart, der Prem.-Lieut. Graff vom 17., der Sek.-Lieuten. v. Schlieben II., v. Minkwitz vom 20., die Hauptleute v. Plessen u. Malotki v. Trzebiatowski, die Sekonde-Lieut. v. Neander, v. Papstein, v. Stosch vom 24., der Prem.-Lieut. Kellermeister v. d. Lund, die Sek.-Lieut. Hartmann, Grote, v. Kornatzki, v. Brockhausen, vom 25., die Hauptleute v. Obernitz und v. Schmettau, die Sek.-Lieut. v. Fischer-Treuenfeld vom 26., v. Michalowski vom 27., die Hauptleute v. Hertzberg, Freih. v. d. Goltz, v. Zschüschen, die Prem.-Lieut. v. Bernegoul, v. Münchhausen, der Sek.-Lieut. Berthold vom 28. Infanterie-Regiment, der Hauptm. v. Wyszecki, der Premier-Lieutenant v. Funck, die Sekonde-Lieutenants v. Böttcher, v. Ising vom 29sten Infanterie-Regiment, der Hauptmann Olllech, die Sekonde-Lieutenants Strubberg, Lietzmann, Igel vom 30sten Infanterie-Regiment, der Hauptmann v. Gotsch, die Sekonde-Lieutenants v. Münchhausen, v. Sperling II., v. Reuß II. vom 31sten Infanterie-Regiment, v. Schweinitz vom 38sten Infanterie-Regiment (6ten Reserve-Regiments), der Premier-Lietenant von der Oelsnitz vom 40sten Infanterie-Regiment (8ten Reserve-Regiments), der Hauptmann von dem Knesebeck vom 1sten Bataillon (Berlin) 2ten Garde-Landwehr-Regiments, der Sekonde-Lieutenant v. Schlegell vom Garde-Reserve-Infauterie- (Landwehr-Regiment, die Premier-Lieutenants v. Neumann vom 1sten Garde-Regiment zu Fuß, v. Gaudy vom Kaiser Franz Grenadier-Regiment, der Sekonde-Lieutenant v. Brüning vom 3ten Bataillon (Warendorf) 13ten Landwehr-Regiments, der Hauptmann Krüger, der Sekonde-Lieut. Seeliger vom 2ten Bataillon (Iserlohn) 16ten Landwehr-Regiments, der Premier-Lieutenant v. Westernhagen vom 27sten Infanterie-Regiment, die Sekonde-Lieutenants Schröder vom 3ten Bataillon (Aschersleben) 27sten Landwehr-Regiments, Fischer vom 3ten Bataillon (Sangerhausen) 31sten Landwehr-Regiments,

der Hauptmann v. Oppell, der Sekonde-Lieutenant v. Weller vom 5ten Jäger-Bataillon, der Premier-Lieutenant v. Gayette, die Sekonde-Lieutenants Sixt v. Arnim vom 8ten Jäger-Bataillon, Krug von Nidda, v. Heiduck vom 9ten Husaren-Regiment, der Rittmeister v. Hobe vom 12ten Husaren-Regiment, der Rittmeister v. Götze, der Sekonde-Lieutenant v. Luck, vom 6. Ulanen-Regiment, der Rittmeister v. d. Lancken vom 7. Ulanen-Regiment, der Premier-Lieutenant v. d. Osten, der Sekonde-Lieutenant v. Euen vom 8. Ulanen-Regiment, die Hauptleute Isenburg von der 4., Lengsfeld von der 8., der Premier-Lieutenant v. Meyen von der 8., der Seconde-Lieutenant v. Schell von der 3. Artillerie-Brigade, die Hauptleute v. Voigt von der 8. Pionnier-Abtheilung, Kruse, der Premier-Lieutenant v. Hüllesheim I., der Sekonde-Lieutenant v. Zglinitzki, der Sekonde-Lieutenant v. Pannewitz vom 38. Infanterie-Regiment (6. Reserve-Reg.), der Intendantur-Sekretär Metzger, der Intendantur-Rath Leske von der Intendantur des 8. Armee-Korps, der Regierungs-Rath Delius, der Regiments-Arzt Dr. Geisler vom 4. Kürassier-Regiment, die Bataillons-Aerzte Dr. Lemke vom 26., Reuter vom 24., der Assistenz-Arzt Bornemann vom 29. Infanterie-Regiment.

VIII. Das Kommandeur-Kreuz mit Stern und Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen: der Legations-Rath und Kammerherr v. Savigny.

IX. Das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen: der Gesandtschafts-Attaché Eichmann, der Feldjäger Delbrück.

X. Die silberne Militär-Verdienst-Medaille: die prinzlichen Leib-Reitknechte Halbmeier, Schleif.

G. **Berlin**, 21. Novbr. [Friedensunterhandlungen mit Dänemark.] Man muß sich vor dem weitverbreiteten Irrthum hüten, die Friedensunterhandlungen mit Dänemark würden der Bundeskommission in Frankfurt übergeben werden. Die wiederholte Erklärung der Statthalterschaft, sie könne, von der früheren Centralgewalt eingesetzt, auch nur in die Hände einer anderen deutschen Centralgewalt ihre Befugnisse niederlegen, veranlaßte diesen Irrthum. Wahr ist, daß, sobald die Bundes-Kommission installirt sein wird, die letztere, mit Zustimmung der Statthalterschaft, neue deutsche Kommissarien ernennen soll, die als die fernere Regierung Holsteins zu betrachten wären. Vor ihnen würde die Statthalterschaft zurücktreten. Hannoversche Truppen würden dann Holstein besetzen. Aber dies Alles hat nichts mit den Friedensunterhandlungen zu thun, welche von Preußen selbst, in Berlin, weiter geführt werden. Der Bevollmächtigte für Preußen ist, wie Sie sicherlich erfahren haben, Herr von Usedom, der also nicht nach Kopenhagen geht. Für Dänemark werden hier erwartet Herr Pechlin und von Rheedtz. Aber von Rheedtz, früher der eigentliche dänische Geschäftsträger, erscheint diesmal im zweiten Sinn. Zu gleicher Zeit begiebt sich im Namen der Statthalterschaft und in offiziöser Mission nach Kopenhagen, Herr Blome von Falkenberg, nicht zu verwechseln mit einem seiner Verwandten. Der mit der angedeuteten Mission betraute v. Falkenberg ist guter Schleswig-Holsteiner und ein tüchtiger Charakter.

P. C. **Berlin**, 21. Novbr. [Die Verfassung.] **Am 21., 4 Uhr Nachmittags, schloß die zweite Kammer mit Tit. II., Art. 17 bis 23, die Volksschule betreffend, ihre angestrengten Arbeiten der Verfassungsrevision.** — An welchen Mängeln das Werk auch leiden mag, es war ein wichtiger Abschnitt unseres parlamentarischen Lebens, und wir hätten gewünscht, daß alle Parteien sich am Ziele brüderlich die Hände gereicht hätten! — Allerdings sind die Differenzen mit der ersten Kammer noch auszugleichen, und wir hoffen, daß die zweite die Würde ihrer Prinzipien wird zu wahren wissen, indem sie gleichzeitig in billigen Dingen nachgiebt. Das Land darf auf Erlangung eines Grundgesetzes hoffen, welches in den beiden früheren Versammlungen vergeblich angestrebt wurde. — Allein wir erkennen an, daß die Bemühungen der aufgelösten Parlamente nicht verloren gegangen sind, sondern ihre Arbeiten größtentheils in die vorliegende Verfassung übergingen, und ihnen gebührt allerdings das Verdienst, den Grund gelegt zu haben, auf dem die Gegenwart weiter baute. — Diese Verfassung schließt die Rechnung mit der Vergangenheit ab, wenn alle Meinungen darin übereinkommen, daß es Pflicht des redlichen Mannes ist, sie getreulich zu stützen und zu halten! Wo nicht — so ist sie ein Erisapfel, hinausgeschleudert in die Menge zum Verderben des Vaterlandes. — Möge im Gefolge dieses Vertrags zwischen Volk und Krone das Vertrauen wiederkehren, welches allein die neuen Institutionen befestigen kann; dazu bedarf es des redlichen Willens, zu vergeben und zu vergessen und fortan Hand in Hand zu streben nach dem großen Ziele der sittlichen und materiellen Wohlfahrt des Vaterlandes! — Dazu thut Aufrichtigkeit nöthig von Oben bis Unten. — Wenn aber mit Vorbehalt und allen möglichen Kautelen gezeichnet wird, dann braucht man eben kein Prophet zu sein, um Dinge zu weissagen, bei deren Eintritt der Freund des Vaterlandes sein Haupt mit Trauer umhüllen wird!

C.C. **Berlin**, 21. Nov. [Militär. — Schutzmänner.] Dem Vernehmen nach tritt jetzt eine Kommission unter Vorsitz des Prinzen von Preußen zusammen, an der außer dem Kriegsminister die Generale v. Wrangel, v. d. Gröben, v. Prittwitz und der Oberst v. Griesheim theilnehmen werden, mit der Aufgabe über eine neue Armeeeintheilung und über Vorschläge zur Reorganisation der Landwehr zu berathen. — Das in der Stadt verbreitete Gerücht, daß viele hohe Offiziere um ihre Entlassung eingekommen seien, entbehrt alles Grundes. — Das Institut der Schutzmannschaft, das nur provisorisch bestand, ist nunmehr definitiv anerkannt, und es ist für dasselbe eine jährliche Summe von 406,000 Rtlr. bewilligt.

C. B. **Berlin**, 21. Novbr. [Aus den Kommissionen. — Neue Parteigruppirung. — Vermischtes.] Die Grundsteuerfrage, deren Lösung durch die Beantwortungen, welche den Interpellationen in beiden Kammern Seitens des Finanzministers theils geworden und theils nicht geworden sind, in eine unbestimmbare Ferne hinausgerückt ist, soll auch in den Kammern die Erledigung nicht zu erwarten haben, die man in Folge der Harkort-Ostermannschen Anträge gehofft hatte. Dafür spricht schon jetzt der Beschluß der Kommission, über diese Anträge, sowohl rücksichtlich der Dringlichkeit, als rücksichtlich der Bildung einer neuen Kommission zur Bearbeitung der Grundsteuerfrage, zur Tagesordnung überzugehen. Gegen die von den Antragstellern geltend gemachten Dringlichkeitsgründe wurde von der Mehrheit des vorberathenden Ausschusses die zu große Zahl der schon vorhandenen Spezialkommissionen, die Nothwendigkeit, alle Steuerangelegenheiten von einer Kommission bearbeitet zu sehen und endlich der Umstand eingewendet, daß der Inhalt des von der Regierung angekündigten Gesetzes über die Grundsteuer doch erst abzuwarten sei, ehe über die Absichten der Staats-Regierung in Bezug auf die Grundsteuerfrage ein Urtheil ausgesprochen werden könne, „da möglicherweise dieses Gesetz auch eine Grundsteuer-Ausgleichung anbahne." Das Hauptmotiv des Antrages, daß das bisherige Verhalten des Ministeriums „es mehr als zweifelhaft erscheinen lasse, ob die Regierung ein Gesetz wegen gleichmäßiger Vertheilung der Grundsteuer im ganzen Staate noch vorzulegen beabsichtige", ist unerörtert geblieben. — Die Vertreter der Grundsteuer-Ausgleichung fürchten übrigens, daß die Behandlung dieser Angelegenheit von Neuem zu einer Spaltung in der liberalen Partei führen werde. Die betheiligten Grundbesitzer und ein großer Theil der Beamten, die jetzt den konstitutionellen Fraktionen angehören, werden in dieser Frage wohl abfallen. — Die Gesetz-Entwürfe „zum Schutz der persönlichen Freiheit", die Verhaftungen, Haussuchungen und polizeilichen Beaufsichtigungen betreffend, sind in der ersten Kammer jetzt zur Plenarberathung reif. Bornemann ist Referent. Im Wesentlichen hat der Ausschuß nichts geändert. Einige unerhebliche Aenderungen der Vorlagen sind als Begünstigungen der persönlichen Freiheit aufzufassen. So ist die Befugniß der Wachtmannschaften zu Haftnahmen auf die frische That beschränkt, die Wohnung gegen das Eindringen zur Nachtzeit durch einige beschränkende Bestimmungen mehr geschützt, als die Regierungsvorlage will, und die Willkürlichkeiten, welche die Entwürfe zulassen, durch präcisere Fassung hie und da eine Schranke gesetzt. Die Stellung unter Polizeiaufsicht will die Kommission nur in Folge richterlichen Erkenntnisses eintreten lassen, und für die Uebertretung der in Folge der Polizeiaufsicht auferlegten Beschränkungen, welche die Regierung mit Gefängniß von drei Tagen bis zu einem Jahre bestraft wissen will, schlägt die Kommission nur drei Monate als Maximum vor. — Daß am 31. Januar die Wahlen nach Erfurt stattfinden sollen, ist bereits gemeldet. Wir erfahren nachträglich, daß diese definitive Festsetzung des Wahltermins eine Konzession ist, die man dem besonderen Andringen des Herrn v. Radowitz gemacht hat. — Die Budget-Kommission der ersten Kammer, die sich am 15. November unter dem Vorsitz des Herrn v. Wittgenstein konstituirt hat, soll angegangen werden, der Kammer über den Fortgang ihrer Arbeit in kurzen Zeiträumen periodisch zu berichten. — Der Parteigruppirung in der zweiten Kammer steht eine Veränderung bevor; Graf Dyhrn und Herr von Saucken beabsichtigen, mit einigen Freunden ein Programm aufzustellen und eine, zwar mit der Partei Mielentz in enger Verbindung bleibende, aber doch selbstständige und mehr links gehende Fraktion zu bilden. Die bereits angedeutete Stimmung, die sich innerhalb der konstitutionellen Partei Betreffs der Grundsteuerfrage kund giebt, trägt zu dieser Sonderung der konstitutionellen Nüancen bei. — Wir haben bereits erwähnt, daß verschiedene mit den Ereignissen des 18. und 19. März 1848 in Zusammenhang stehende Vorfälle jetzt aus dem Gesichtspunkt, daß sie nicht politischer Natur und daher von der Amnestie vom 19. März nicht getroffen seien, zur gerichtlichen Erörterung gezogen werden sollen. Die dem Anschein nach auf bloßem Muthwillen oder auf Privatrache beruhende Anzündung des Artillerie-Wagenhauses und der königl. Eisengießerei sind zunächst Gegenstand polizeilicher Ermittelungen gewesen. Ein Mann Namens Schuchardt wurde wegen Brandstiftung an dem Wagenhause schon neulich verhaftet. Inzwischen haben Zeugenvernehmungen stattgefunden und ist der subjektive Thatbestand nunmehr so weit festgestellt, daß die Verhaftungen der übrigen der That verdächtigen Personen verfügt sein soll.

A. Z. C. **Berlin**, 21. November. [Tagesbericht.] Unsere oft ausgesprochene Ansicht, daß die mehrerwähnten Konflikte zwischen unseren obersten beiden Stadtbehörden, dem Magistrat und den Stadtverordneten, vornemlich auf politischem Boden entsprungen seien und in den verschiedenen Meinungsverschiedenheiten der Majorität beider Körperschaften wurzelten, bestätigt sich immer mehr und mehr. Dem Vernehmen nach hätte der Magistrat neuerdings versöhnende Beschlüsse gefaßt, welche demnächst der Stadtverordneten-Versammlung zu Herbeiführung der Ausgleichung zugefertigt werden sollen. Bleibt dies erfolglos, so wird die Regierung in Potsdam entscheiden müssen. — Nach verschiedenen uns zugehenden Nachrichten scheint man in Hamburg den Ausbruch neuer Unruhen lebhaft zu befürchten. Reichere Familien sollen aus Besorgniß vor denselben, die dann blutiger als alle bisherigen ausfallen möchten, die Stadt bereits zu verlassen beginnen. Hier Orts sind, wie wir vernehmen, soeben mehrere Infanterie-Regimenter zur Verstärkung der preußischen Garnison in Hamburg designirt. — In neuerer Zeit hat hier das Gewerk der Buchbinder einen so erfreulichen Aufschwung genommen, daß sich dasselbe bereits mit den ersten Städten Europa's zu messen vermag. Einzelne Buchbindermeister, wie z. B. Herr Vogt, haben jetzt aus Kopenhagen, München, Prag, ja selbst aus Wien, wo die Buchbinderkunst zu Hause ist, so viele Bestellungen erhalten, daß sie dieselben wegen Mangels an Zeit und Arbeitern theilweise zurückweisen müssen. — Die Agrar-Kommission der 2. Kammer hat folgenden für die Provinz Schlesien wichtigen Antrag gestellt: „Die 2. Kammer wolle zu der im Berichte vom 18. Oktober d. J. beantragten Abänderung des § 95 des Gesetz-Entwurfes wegen Ablösung der Reallasten ꝛc. den Zusatz annehmen: Die interimistischen Regulirungen der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien, welche auf Grund der mit provisorischer Gültigkeit ergangenen Verordnung vom 20. Dezember 1848 durchgeführt worden, sind von der Auseinandersetzungs-Behörde auf den Antrag der Betheiligten oder von Amtswegen durch Verhandlung mit den Betheiligten in definitive Auseinandersetzungen umzuschaffen. Es findet daher auf solche die vorstehend angedrohte Präklusion der Ansprüche keine Anwendung." Außerdem beantragt die Kommission in § 1 des Gesetz-Entwurfes über die Ablösung der Reallasten die Verordnung vom 20. Dezember 1848 ausdrücklich als eine solche zu bezeichnen, welche mit dem Zeitpunkt der Verkündigung des Gesetzes wegen Ablösung der Reallasten außer Kraft trete.

β **Königsberg**, 19. Nov. [Geschworene bei der nächsten Assisen-Sitzung. Beabsichtigte Stiftung eines Diakonissen-Vereins. Randons Crotinus.] Gestern durchlief die Stadt die Kunde, daß fast alle für die nächste Assisen-Sitzung bestimmten Geschworenen dem Preußen-Vereine angehören, einzelne sogar die exaltirtesten Mitglieder desselben sind. Diese Nachricht hat unter den Freunden des Dr. Jacoby einen tiefen Eindruck gemacht. — Oberst v. Plehwe beabsichtigt hier einen Diakonissen-Verein zur Krankenpflege ins Leben zu rufen, bei dem außer der Krankenpflege auf das Seelenheil der Leidenden Bedacht genommen werden soll, und sucht zu diesem Zwecke mit unermüdlichem Eifer Frauen zu gewinnen; indeß stößt er auf große Hindernisse. Man ist allen mittelalterlichen und klösterlichen Institutionen hier so entschieden abhold, daß es unmöglich sein wird, ein solches Institut zu begründen, falls nicht aus andern auswärtigen Quellen die nöthigen Fonds hierzu hergegeben würden. — Dem Vernehmen nach soll von hier noch mehr Militair zur Aufhebung des berüchtigten Räuberhauptmanns Randons Crotinus nach der russischen Grenze abmarschiren. Privatbriefe aus Tilsit melden, daß Crotinus eine selten strenge Mannszucht unter seiner Bande halte; er hat einen seiner Genossen erschießen lassen, weil er ganz muthwilliger Weise eine alte Frau gemißhandelt und einem andern eine harte Prügelstrafe zudiktirt, der in einer Dorfschänke ein Fenster zerschlagen und nicht bezahlt hatte. Uebrigens sollen die russischen Grenzsoldaten den Crotinus beschützen und es sind seinetwegen bereits zwischen preußischen Gens'darmen und russischen Soldaten Inconvenienzen herbeigeführt. Der russische Grenzkommissarius hat eine Beschwerde beim hiesigen General-Kommando, wie es heißt, eingereicht, daß preußische Gensd'armen die Grenze überschritten haben.

† **Posen**, im Novbr. [Die polnischen Legionen in Ungarn. — Fortsetzung.*)] Der Oberst Klapka, der nach Meszaros das Kommando übernommen hatte, mit dem Befehl, dem Feinde den Uebergang über die Theis zu hindern, ging über dieselbe, ergriff die Offensive und schlug binnen 2 Monaten die glänzenden Schlachten bei Santo, Tokaj, Tarcalo und Kapolna, wobei die Polen sich so auszeichneten, daß ihnen im Rapport die Entscheidung des siegreichen Kampfes zugeschrieben wurde, und Klapka einstmals

*) Vergl. 268, 269 und 273 d. Ztg.

an die polnische Legion heranritt und ihnen zurief — Euch verdanke ich meinen Generalsrang. **Dembinski** wurde durch seinen erfolgreichen Sieg bei Miskolz bei den Ungarn so berühmt, daß ihn der Reichstag zum Obergeneral ernannte. **Görgey**, bitterer Feind der Polen, befolgte von nun an die Befehle Dembinskis schlecht oder gar nicht, erklärte sich endlich selbst zum Obergeneral, wollte Dembinski arretiren lassen, der nun seine Entlassung gab. Kossuth schonte den Görgey und bat den Dembinski, den Plan zum Feldzug zu entwerfen, welcher dann erst durch den Reichstag dem Görgey zur Ausführung geschickt wurde, der trotz seiner Insubordination Ober-Feldherr geblieben war. — Als dem General **Kiß** im Kommando Damianicz folgte, wurde Wysocki mit 2 Kompagnien Polen und der Rittmeister Poninski mit einer neu gebildeten Eskadron ihm zugeordnet. Die Polen schlugen sich bei Arad 2 Mal so ausgezeichnet, daß man sie den Ungarn zum Muster aufstellte und Wysocki zum Oberst-Lieutenant, Brigadier und Kommandanten von Arad ernannt wurde. Jetzt vereinten sich auch mit Damianicz die beiden Kompagnien Jäger, die früher unter Rembowski gestanden hatten. In der blutigen Schlacht bei Szolnok zeichneten wir uns auch aus, der Lieutenant Jagmin ging mit der ersten Kompagnie mit gefälltem Bajonnet auf eine feindliche Batterie los und zwang sie zurück zu gehen. Der Kapitän Czernik und Poninski stürzten sich ohne Befehl auf die Feinde, im Augenblick hatten wir 36 Verwundete, die Husaren kamen uns zu Hülfe, der Feind verlor 9 Kanonen und viele Gefangene. Der Lieutenant Rzepecki fiel von 2 Kugeln. Szolnok wurde genommen mit großen Vorräthen. Die 4te und 5te Kompagnie Infanterie unter dem Major Idzikowski wurde nach Debreczyn detachirt, um dort das 2te Bataillon zu bilden. Tchornicki erhielt Pferde und formirte das 2te Ulanen-Regiment.

Bromberg, 18. Novbr. [Die Demarkation.] Wieder taucht nach langer Zeit hier das Gerücht von einer Volksversammlung auf; die ganze Bevölkerung unserer Stadt und des Netzgau's ist in einer gewissen Unruhe über ihre nächste Zukunft. Die Demarkationslinie muß gezogen werden, das sieht Jeder, denn die Polen können nicht zum deutschen Reichstage mitwählen; aber, ob dieselbe zugleich eine Auflösung des Provinzialverbandes mit sich bringt, oder ob sie nur das sprachliche Element berücksichtigt, das ist's eben, was die Gemüther in Unruhe versetzt. In dieser Beziehung hat nun aber ein großer Theil unserer Bevölkerung seine entschiedene Stimme bereits seit dem Anfange des vorigen Jahres erhoben und es deutlich ausgesprochen, daß sie fortan mit dem Großherzogthume in gar keinem Verbande stehen, sondern zu Westpreußen geschlagen sein will, zu dem diese ganze Gegend früher gehört hat. Gegen diesen Wunsch sollen aber besonders in neuester Zeit sowohl die in Berlin weilenden Abgeordneten der südlichen Theile der Provinz, als auch die Bewohner derselben eingenommen sein, und die Ansicht der Regierung soll sich für dieselben entscheiden. Dieser Umstand beunruhigt hier die Gemüther, und eine Volksversammlung soll in nächster Zeit zusammenberufen werden, um die entschiedene Willensrichtung der hiesigen Gegend nochmals auszusprechen. (Pos. Z.)

Magdeburg, 17. November. [Kirchliches.] Die Maßnahmen des hiesigen Konsistoriums rufen wie ehemals zu Göschels Zeiten neue Aufregung in den betroffenen Gemeinden hervor, die dem Austritte aus der „Landeskirche" sehr günstig ist. Vor kurzem wurde der Gemeinde im Dorfe Welsleben ein Prediger aufgedrungen gegen einen von ihr gewünschten freisinnigen Kandidaten, Die Aufregung soll in Folge dessen so groß gewesen sein, daß die Einführung des oktroyirten Predigers unter der Obhut von 20 bis 30 Husaren hat geschehen müssen. — Der reformirten Gemeinde in Magdeburg ist ebenfalls ein pietistischer Prediger trotz ihrem Proteste aufgedrungen. Obgleich sie nach den Kriegsjahren ihre gänzlich verwüstete Kirche mit großen Opfern wieder hergestellt und ein Kirchenvermögen fundirt hat, so wird ein großer Theil der Gemeinde ihrer Kirche den Rücken kehren und zu andern Gemeinden übertreten müssen. In der Katharinen-Gemeinde, die Uhlich einst von Pömmlte herberief, stehen solche Maßregeln ebenfalls in naher Aussicht und werden ohne Zweifel wieder zu Konflikten mit dem Magistrate, als Patron, führen. Alle diese durch § 15 der Verfassung vom 5. Dezember nicht gerechtfertigten Eingriffe in die Rechte der Gemeinden bestimmen sehr Viele, zur freien Gemeinde überzutreten, die jetzt schon gegen 6000 Seelen zählt. Ihr werden sich namentlich in der Altmark einzelne als Filialgemeinden anschließen, bis dieselben so weit erstarkt sind, daß sie als selbstständige auftreten können. (Aach. Z.)

Krefeld, 16. Nov. [Aufschwung der Industrie.] Die Fabriken sind jetzt hier und in der ganzen Umgebung in einer solchen Thätigkeit, daß man niemals eine gleiche bemerkt hat. Die Arbeiter können den Bestellungen fast nicht genügen, und jeder kann jede Woche leicht 5—6 Thlr. verdienen. (Moselz.)

Deutschland.

Frankfurt, 17. Novbr. [Ein Akt des Reichsministeriums.] Das Reichsministerium hat noch zu guter letzt eine Erbschaft des alten Bundestages angetreten. Wie sich nämlich das Frankfurter Journal vom Rhein schreiben läßt, hätte es unmittelbar vor Auflösung der provisorischen Centralgewalt noch die Gefälligkeit gehabt, den durch Machtspruch der Bundesversammlung von 1845 für altreichsadlig erklärten Grafen Bentinck in den Besitz der Herrschaft Kniphausen im Großherzogthum Oldenburg setzen zu wollen. Die Exekution hiervon hat es der großherzoglich oldenburgischen Regierung übertragen. (Deutsche Z.)

Stuttgart, 17. Nov. [Zustände.] Der hiesige Volksverein (für alle Volksvereine und mithin für die ganze demokratische Partei unseres Landes maßgebend) hat in einer Berathung über die durch die königliche Verordnung abgeänderte Eidesformel für die Mitglieder der revidirenden Versammlung beschlossen, über diese Frage nichts zu beschließen, dies vielmehr den Abgeordneten der „Volkspartei", welche in diesen Tagen zur Berathung über den fraglichen Gegenstand zusammentreten werden, zu überlassen. Der Verein hat jedoch zu Protokoll erklärt, daß er das Verfahren der Staatsregierung in Betreff der Eidesformel für verfassungswidrig erkenne. Der hier anwesende größere ständische Ausschuß hat über diese Frage schon eine Sitzung gehalten und soll sich in seiner Majorität, auf den Antrag Rödingers, gegen die nene Eidesformel ausgesprochen haben. Nach allem, was man vernimmt, scheint die gegenwärtige Taktik der Demokraten dahin zu gehen, die Abgeordneten ihrer Partei zur revidirenden Versammlung dahin zu bestimmen, den Eid zu leisten und hierdurch vor Allem den Zusammentritt einer Versammlung möglich zu machen, von welcher sie in der einen oder anderen Beziehung sich große Vortheile versprechen. Ist so die Versammlung erst zusammengetreten, **dann wird man das Ministerium in Anklagestand versetzen und demselben die Steuern verweigern.** Folgt nun hierauf, was nicht auf sich wird warten lassen, die Auflösung der Versammlung, dann haben unsere Demokraten erreicht, was sie jetzt in erster Linie wollen, nämlich allgemeine Aufregung und auch wohl hier und da kleine Unordnungen im Lande, Das Weitere, hoffen sie, werde sich finden, Wenn unter diesen Umständen nicht zu bezweifeln ist, daß wir hier in Würtemberg aufgeregten Zeiten in nächster Zukunft entgegen sehen, so müßte man von der anderen Seite mit den hiesigen Zuständen wenig vertraut sein, wollte man nur einen Augenblick ernstliche Konflikte befürchten, oder an dem vollständigsten Siege der Staatsregierung zweifeln. Von verschiedenen Seiten glaubt man zwar, das Letztere werde nicht ohne fremde Bayonnette erreicht werden; dennoch glaube ich nicht daran und halte die Regierung für stark genug, allen etwaigen Unordnungen in unserem Lande zu steuern. (Köln. Z.)

Karlsruhe, 17. Nov. [Militärisches.] Es ist vollkommen richtig, daß unsere Regierung mit der Reorganisation des badischen Militärs so weit vorgeschritten ist, daß die Vollziehung baldigst ins Leben treten kann. Als Bevollmächtigter der Regierung wurde geheimer Kriegsrath Vogelmann nach Berlin geschickt, um den Vertrag mit Preußen abzuschließen. Die Unterhandlungen sind bereits in der Weise so weit gediehen, daß die Garnisonplätze für das badische Militär in Preußen ermittelt werden. In dieser Beziehung ist man von der ursprünglichen Idee abgekommen, mehrere an der Ostsee gelegene Festungen hierzu auszuwählen; dagegen sollen sich verschiedene kleinere Städte der Mark Brandenburg dazu eignen, und es sind darüber Vorschläge von Seiten der preußischen Regierung erfolgt. Die einzige Schwierigkeit, die hiergegen von badischer Seite erhoben wird, besteht darin, daß jene märkischen Städte keine Kasernen besitzen und sonach die Einquartierung bei den Bürgern erfolgen muß. (K. Z.)

Mannheim, 19. Novbr. [Umtriebe.] Daß sich die Umsturz-Partei noch immer thätig zeigt, dafür liegen überall Beweise vor. Es sind von den Kommandanturen einzelner Städte deshalb wieder verschärfte Maßregeln für die Abende und Nächte ergriffen worden, so z. B. in Heidelberg, wo es sogar den Bürgermeister traf, vorübergehend arretirt zu werden, weil er zu spät auf der Straße angetroffen wurde, und in Offenburg, wo der durch das Präsidiren beim früheren hiesigen Standgericht bekannte Major v. Baczkow vom 5. Jäger-Bataillon kommandirt und genöthigt ist, namentlich die Weiber der untern Klasse und die weiblichen Dienstboten streng zu halten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man eifriger als je an Verführung der Soldaten arbeitet und hierzu nicht nur die inländischen weiblichen Kräfte, sondern auch ausländische benutzt! Hier in Mannheim sind in den letzten Tagen nicht weniger als 24 fremde, plötzlich erschienene Frauenzimmer in meistens sehr eleganten Anzügen Abends auf der Straße aufgegriffen. Einige davon waren mit französischen Pässen versehen, andere waren ohne allen Ausweis betroffen. (Konstit. Z.)

Dresden, 21. Nov. [Die Wahlprüfungen. — Wahl des Direktoriums der zweiten Kammer.] Nach langwierigen und von Seiten der Linken mit kleinlichster Pedanterie bemäkelten Wahlprüfungen ist die zweite Kammer heute Nachmittag endlich zur Konstituirung gelangt. Es läßt sich nicht leugnen, daß in sehr vielen Wahlbezirken des Landes nicht unerhebliche Formfehler vorgekommen sind; insofern dieselben aber für das Endergebniß der Wahl ohne Einfluß und Bedeutung geblieben sind, sollte die Kammer doch ja diesmal darüber hinwegsehen, um endlich die Eröffnung des Landtags möglich zu machen, welchem das Volk seit Ende des vorigen Monats mit immer größerer Unruhe entgegensieht. Die Regierung ist sicher ohne Verschuldung bei dieser Verzögerung; dennoch spricht sich die öffentliche Meinung auch in dieser Angelegenheit zu ihrem Nachtheil aus. Die gestrige und heutige vorbereitende Sitzung der zweiten Kammer endete glücklich mit schließlicher Anerkennung sämmtlicher Wahlen mit Ausschluß derjenigen zwölf, welche auf Suspendirte gefallen waren; von diesen nahm die Kammer gar keine Notiz, da die Regierung sie bereits auf Grund der Bestimmungen des Wahlgesetzes für nichtig erklärt und Neuwahlen angeordnet hat. Der Abgeordnete Klinger (ehemaliger Bürgermeister von Leipzig, der in Folge der Mai-Ereignisse sein Amt freiwillig niederlegte) behält sich einen nach Eröffnung der Kammer einzubringenden Antrag vor, nach welchem die Regierung aufzufordern ist, die im Gesetz vorgesehene achttägige Wahlfrist wirklich in allen Fällen zur Ausführung kommen zu lassen, und wo dies durch Schuld der Wahlkommissare versäumt wird, die betreffende Wahl zu annulliren und auf Kosten der dem Gesetz zuwider Handelnden eine Neuwahl vornehmen zu lassen. Dieser Antrag wurde von der Linken und von den Tribünen mit Beifallsruf aufgenommen. Wie gering die Betheiligung an den Wahlen in einigen Bezirken der Lausitz und des Erzgebirges gewesen ist, geht aus dem Umstande hervor, daß mehrere Abgeordnete bei ganz allgemeinem direkten Stimmrecht mit **weniger als 200 Stimmen** gewählt worden sind, während ihre Wahlbezirke eine Bevölkerung von 22—25,000 Seelen zählen. Die heutige Sitzung schloß mit der Wahl des Direktoriums. Bei der ersten Abstimmung hatte sich fast die gesammte Kammer (45 gegen 6) für die Wahl des Exjustizministers Braun zum ersten Präsidenten entschieden; doch Braun lehnte diese Wahl aus dringenden Beweggründen mit bestimmten Worten ab. Die zweite Abstimmung fiel zu Gunsten des Appellationsrathes Cuno aus Zwickau, eines der hervorragendsten Mitglieder des Centrums aus; er hatte 28 Stimmen, und der Kandidat der Linken, Oberlieutenant Müller, 21 Stimmen. Erster Vicepräsident wurde geh. Rath Held, Justizminister vom Februar bis Mai d. J.; zweiter Vicepräsident Advokat Haberkorn; Sekretär die Abgeordneten Prüfer und Hohlfeld, sämmtlich Mitglieder des Centrums oder der konservativ-liberalen Partei.

Kassel, 18. Novbr. [Kurhessen ist dem Interim noch nicht beigetreten.] Daß unsere Regierung längst eine offizielle Aufforderung zum Beitritt erhalten hat, ja daß dieserhalb schon Erinnerungen eingegangen sind, leidet wohl keinen Zweifel. Gleichwohl ist der Ständeversammlung noch immer keine desfällige Mittheilung geschehen. Es dürfte auch kaum eine förmliche Beistimmung der Stände von Seiten der Regierung in dieser Hinsicht verlangt werden. Wenigstens würde sich die Ständeversammlung für die Genehmigung des Interims vor der Hand noch nicht aussprechen. Das Mißtrauen gegen Oesterreich ist noch allzustark und allzubegründet. (K. Z.)

Meiningen, 17. Novbr. [Genehmigung des Anschlusses an das Dreikönigbündniß.] Der Landtag hat heute mit 23 gegen 2 Stimmen den Anschluß an das Dreikönigsbündniß ohne Vorbehalt genehmigt, zugleich aber mit 16 gegen 9 Stimmen den antificirten Akt der Ratifikation, bevor noch der Landtag sich ausgesprochen, mißbilligt. (K. Z.)

Dessau, 19. Novbr. [Preußische Besatzung.] Die am 16ten hier durchmarschirte preußische Compagnie ist auf den von Anhalt enclavirten preußischen Dörfern Schierau, Priorau u. s. w. einquartiert worden, wohin schon früher preußisches Militär bei nächtlicher Weile durch unser Gebiet gegangen sein soll. Es ist schon lange kein Geheimniß mehr, daß seit der Entlassung des Ministeriums Habicht-Köppe unsere Grenzen in auffallender Weise von preußischen Truppen umstellt, und daß namentlich in Wittenberg alle nöthigen Dispositionen zum Einmarsch in Anhalt getroffen gewesen sind. Es ist bekannt, daß in den ersten Tagen nach dem Sturze des vorigen Ministeriums preußische Fouriere bereits auf dem Wege hierher begriffen waren und erst innerhalb unseres Gebietes Ge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 274 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 23. November 1849.

(Fortsetzung.)

genbefehl erhielten; es sind damals sogar Briefe an preußische Soldaten von einem preußischen Postamte hierher gesandt worden, die natürlich wieder zurückgehen mußten. Seitdem ist unser Hof mit der Kommandantur in Wittenberg in beständigem Verkehr geblieben. (Magdeb. Z.)

Oldenburg, 19. Novbr. [Die Stellung des Landtages in Bezug auf den Anschluß an das Dreikönigsbündniß.] Der Ausschuß unseres Landtags in der deutschen Angelegenheit will zunächst nur die Frage, ob eine Verfassungsverletzung in der Ratifikation vom 10. Sept. gelegen habe, und zwar verneinend beantworten, sodann aber an die Staatsregierung das Ersuchen stellen, ihrer Seits, bei den zweifelhaften Aussichten in der deutschen Verfassungsangelegenheit nicht auf eine Entscheidung zu drängen. Ein solcher aufschiebender Antrag wird ohne Zweifel die Mehrheit des Landtags erhalten. Ob er aber der Staatsregierung genüge? Vielleicht, wenn sie bedenkt, daß er wesentlich dem Wunsche, mit einem früheren Votum nicht in Widerspruch zu treten, seinen Ursprung verdanken möchte. — Der preußische Gesandte, Graf Bülow, war in diesen Tagen hier, und hat gestern einen Vertrag wegen der Marineangelegenheit mit der diesseitigen Staatsregierung abgeschlossen; weß Inhalts, ist mir noch nicht zur Kunde gekommen. (Köln. Ztg.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Schleswig, 20. Nov. Vorgestern übersandte der dänische Kammerherr v. Tillisch an den deutschen Grafen zu Eulenburg in Flensburg zwei Briefe, resp. an den Baron Eggers dort und den Polizeimeister von Ahlefeldt hier. Fast zur selbigen Stunde verfügten sich einige Bürger der Stadt Schleswig hierselbst zu dem General-Major v. Hahn, um ihn zu befragen, ob der Baron v. Eggers von der Landes-Verwaltung hierher gesandt werden würde. Derselbe wich der Frage aus. Die Deputation aber erklärte, daß der Baron v. Eggers hier keine Möglichkeit sein werde, daß die Bürgerschaft, so sehr bereit sie sei, das gute Verständniß zwischen dem Militair und sich durch keinen Krawall zu stören, keine Garantie deshalb bieten könne, weil alle Klassen durch das erwartete Erscheinen jenes Mannes zu erregt wären. Indem die Deputation die Verhältnisse des Erwarteten, mit einem beglaubigten Akten-Extrakte, darlegte, erklärte der General, indem er seine Sympathie für die schleswig-holsteinsche Sache, für die er zwei Jahre mitgekämpft habe, unzweideutig zu erkennen gab, zugleich sehr bestimmt, daß er jede Persönlichkeit zu schützen haben werde. Er bat dann nochmals, jeden Krawall zu vermeiden, wenn der Genannte kommen werde. Gestern Morgen marschirten zwei Compagnien auf; die Officiere knirschten, wie die Soldaten, mit den Zähnen; ein Piket Husaren ward abgesandt, die Diligence in Empfang zu nehmen. Bürger und Einwohner sammelten sich. Die Diligence kam, der Erwartete kam aber nicht. Wie man in dem Bürgerverein gestern Abend vernahm, soll General-Major v. Hahn noch vorgestern Nacht eine Estafette an den Grafen zu Eulenburg abgesendet haben. Wahrscheinlich hat derselbe den Grafen für Alles verantwortlich gemacht, was durch das Erscheinen des gedachten Mannes — der sich in Flensburg eine neue rothe dänische Uniform hatte machen lassen — sich hier ereignen könne. Der Bürgerverein faßte auf Antrag den Beschluß: jeder Einwohner der Stadt Schleswig, welcher in irgend einen Verkehr mit einem von der Landes-Verwaltung aus Flensburg hierher gesandten Beamten, um hier ein Amt zu führen, wodurch der von der allein rechtmäßigen Regierung Schleswig-Holsteins instituirte oder anerkannte Beamte verdrängt, die Ordnung und die Ruhe der Stadt gefährdet werden würden, der öffentlichen Verachtung anheim zu geben.

Die Flensburger Landes-Verwaltnng läßt sich durch keine Manifestation beirren, auf dem einmal von ihr beschrittenen Wege fortzuwandeln, ohne Rücksicht darauf, daß ihr halsstarriger Wille und die in Folge dessen verhängten willkürlichen Verfügungen und schweren Exekutionen im Lande immer böseres Blut setzen. Es liegt in der Natur begründet, daß aus der grenzenlosen Despotie, welche jetzt auf dem Herzogthume Schleswig erdrückend lastet, nur wachsender Groll und immer größerer Haß gegen die Landes-Verwaltung entspringen kann. Für den Augenblick mögen die HH. Tillisch und Eulenburg mit militairischer Gewalt sich einzelnen Anordnungen Folge verschaffen und die Rechte der Bewohner Schleswigs niederdrücken, niemals aber werden sie im Stande sein, das deutsche Element dort zu ersticken, oder auch nur durch ihr Regiment einen dauernd friedlichen Zustand in diesem Lande anzubahnen. Statt versöhnend zu handeln, tritt die Verwaltung dem Lande immer schroffer gegenüber, verhängt Exekutionen über Exekutionen und entfernt Männer, die das allgemeine Vertrauen genießen, von ihren Aemtern, und setzt Kreaturen in dieselben wieder ein, welche beim Volke tief verachtet sind. (H. C.)

Oesterreich.

♉ **Wien**, 21. November. [Die Zerwürfnisse innerhalb der Regierung. Hurter und Jellachich. Laube. Kriminalistische Bemerkung.] Mit der Schöpfung des centralisirten Oesterreichs scheint es denn doch nicht so leicht zu gehen, als dies viele ministerielle Schwärmer glauben mochten, denn schon beginnt der Zwiespalt im eigenen Lager auszubrechen, und ist einmal das Zeichen zum Abfall von der Idee gegeben, so findet es immer Nachahmer, zumal da, wo der Boden größtentheils von Opposition grün ist. Das Zerwürfniß zwischen dem Ministerium und dem Banus soll tiefer und bedeutsamer sein, als man anfangs wähnte und die Reise des ritterlichen Feldzeugmeisters nach Brünn hängt damit zusammen. Jellachich hat durch seinen Einfluß beim Banalrath in Agram die bis dahin verweigerte Publikation der Reichsverfassung vom 4. März durchzusetzen gewußt, allein er gab seinen Landsleuten die Versicherung, daß die nothwendigen Modifikationen zu Gunsten der Südslaven in Erwiederung dieser Nachgiebigkeit alsbald erfolgen würden. Nun aber verweigern die Minister die Erfüllung dieser seinen Landsleuten ertheilten Zusagen des Banus und dieser sieht sich jetzt von einer Seite her desavouirt, für deren Sache er bisher Alles gethan und welche selbst das Opfer seines Patriotismus und seiner Popularität zu begehren scheint. Dabei erinnern wir uns zugleich des Umstandes, daß die dem Hofrath Hurter zur Last gelegte Intrigue, wobei Metternich eine geheime Rolle gespielt haben soll, sich auf die einflußreiche Stellung des Baron Jellachich bezog, woraus denn so ziemlich deutlich hervorginge, daß die von dem schlauen Jesuitenfreund entzündete Mine doch nicht ganz u. gar wirkungslos aufgeflattert sei. — Die Anstellung Laubes als Hofdramaturg am k. k. Burgtheater ist so viel als entschieden, nachdem nun auch die Geldfrage in's Reine gebracht worden, die am meisten Anstände fand. Während Holbein einen Gehalt von 5000 Fl. C. M. bezieht, bot man Laube blos 1400 Fl. an, und nur die Uebereinkunft, daß derselbe neben den dramaturgischen Geschäften auch als offiziöser Corresp. der Allg. Zeitung zu fungiren habe, erhöhte die jährliche Besoldung auf 3000 Fl. — Mit nicht geringer Genugthuung nimmt man gewahr, wie geringfügig die kriminalistische Ausbeute Wiens in den letzten Jahren gewesen; während vor dem die Bevölkerung unter Sedlnitzky's Regiment nicht selten von den peinlichsten Gerüchten heimlicher Verbrecherbanden geängstigt worden, kommt gegenwärtig, wo eine vollständige Publizität den Schleier von allen Heimlichkeiten hinwegzieht, nur sehr wenig ans Licht. Mit Ausnahme einiger Raufexcesse und mehr oder minder namhaften Diebereien und Einbrüchen weiß man Nichts von Mordthaten und jenen raffinirten Gaunereien, wie sie selbst in weit kleineren Städten Deutschlands häufig vorzukommen pflegen, wonach man mit Fug annehmen muß, daß die stürmischen Ereignisse des verflossenen Jahres, weit entfernt, die Gemüther der Menschen zu verwildern, wie Viele weissagten, den Geist des Volkes durch die Richtung auf die edelsten Güter der Menschheit geläutert und erhoben haben.

N. B. **Wien**, 21. November. [Tagesbericht.] In Zukunft soll die ganze Armee mit Charpie und Balsam derart versehen werden, daß jeder Mann die bei eintretender Verwundung für die äußerste Nothdurft erforderliche Quantität bei sich selbst trägt. Zu diesem Behufe würden die Czakorosen der Infanterie, welche jetzt mit Sägespänen ausgefüllt sind, als Medikamentenkästchen verwendet werden. — Das günstige Herbstwetter gestattet der hiesigen über 25,000 Mann starken Garnison, bataillonsweise auf dem Glacis und klassenweise in den Kasernen zu exerciren. Die Offiziere selbst besorgen mit dem Gewehr auf der Schulter die erste Abrichtung der Rekruten. — Die von der Grätzer Universität projektirten zwei slavischen Lehrkanzeln über Civil- und Strafrecht sollen nicht ins Leben treten, weil von jenen Gesetzbüchern noch keine offizielle slavische Uebersetzung zu Stande kam und ohnehin die Errichtung einer slavischen Universität in Agram bevorsteht. — Von den wegen eines Krawalls gegen ihren Religionslehrer in Untersuchung gezogenen Olmützer Studirenden sind bereits 40 zum Militär abgeführt worden und die Untersuchung wird noch fortgeführt. — Die über den Aufenthalt des Kaisers in Prag eingelaufene telegraphische Nachricht lautet: „Der Minister des Innern an das Ministerium des Innern. Prag, den 20. November: Se. Majestät geruhten das festlich erleuchtete Theater zu besuchen, wo Sie mit lautem Jubel empfangen wurden. Den übrigen Theil des Abends brachten Se. Majestät im Kreise der allerhöchsten Familie zu. Heute Vormittag empfingen Se. Majestät die hiesigen Autoritäten, besuchten sodann mehrere öffentliche Institute und haben um 2 Uhr einer militärischen Parade beigewohnt. Abends werden Se. Majestät die Beleuchtung, zu welcher großartige Vorbereitungen getroffen sind, in Augenschein nehmen.“*) — Man will wissen, daß am 2. Dezember, als am Jahrestage der Thronbesteigung des Kaisers, der Belagerungszustand in Wien aufgehoben werden soll. Wenn es sich bestätigt, daß der Kaiser vor seiner Abreise von Prag den dortigen Ausnahmezustand aufhebt, so gewinnt obiges Gerücht mehr Wahrscheinlichkeit.

L **Krakau**, 20. Novbr. [Panrussismus.] Es ist nicht zu leugnen, daß wir jetzt wenig Ursache haben, eine panslavistische Propaganda zu fürchten. Ihr Posener Korrespondent (Nr 267) hat vollkommen Recht, den Panslavismus als ein bloßes Gespenst hinzustellen, das in den Köpfen einiger literarischen Träumer, einiger philosophischen Politiker wie Adam Mickiewicz und Towianski gespukt und spurlos verschwunden ist. Er hat aber unrecht, wenn er diesen Panslavismus nur in der polnischen Emigration, nur in den geistreichen Faseleien des Exprofessors der slavischen Literatur am Collége français sucht. Es gab und gibt noch einen Panslavismus, oder besser einen Panrussismus, von dem die Gemüther sich mehr oder weniger bewußt wurden, der als Panslavismus, als der Versuch, alle slavischen Stämme unter einem Banner zu schaaren, anfangs recht sanft, blos lockend und kirrend auftrat, sich nur durch einschmeichelnde Handbillete, durch Orden, Dosen und Ringe offenbarte. Dann ging man einen Schritt weiter, man ließ durch reisende Professoren nicht für den Panslavismus wirken, wie man sich irrig ausdrückte, sondern Sympathien für Rußland erwecken und es ist noch nicht gar lange her, daß ein wohlbekannter russischer Professor, Herr Slesewski in der Lausitz ein altes Weib vom weißen Czar sprechen und die Besitznahme des Landes durch ihn verkünden hörte. In Böhmen suchte man die für die neuerstandene czechische Sprache und Literatur wirkenden Literaten, wie den seligen Jungmann, den alten Dombrowski, Hanka und selbst Palatzki zu gewinnen. Man hatte sich im russischen Kabinette nicht verrechnet, man wußte im Voraus, daß die czechischen Bestrebungen mit den russischen geheimen Absichten nicht zusammenfallen konnten, man wußte, daß die Grundsätze der Neuzeit dort vorherrschend, und diese genügten, die Czechen trotz Stamm- und Sprachgleichheit von Rußland zu entfernen. Es war aber schon viel gewonnen, wenn man durch diese Förderung anscheinend unschuldiger Sprachforschung und Alterthumskunde zwischen Böhmen und Deutschen, selbst Oesterreichern eine immer größere Scheidewand aufführte und den Samen der Verwirrung und des Zwiespaltes säete, der im Jahre 1848 nur allzu üppig aufschoß. Wir erinnern blos an den Wiener und Kremsirer Reichstag und an die slavische Phalanx, die sich dem deutschen Oesterreich in allen Fragen trotzig entgegenstellte. Es waren die Früchte des von Rußland im Geheim durch seine Agenten gepredigten und unterstützten bloßen Slavismus, der im Gegentheile sich scheinbar als Separatgelüste nur offenbarte, aber einer günstigen Gelegenheit blos bedurfte, um mit der mächtigen Idee der Universal-Herrschaft Rußlands zusammenzufallen, um als stolz einherschreitender Panrussismus den Schauplatz der Geschichte zu betreten und die Welt unter seinem gewaltigen Fußtritte zu erschüttern. Wir wollen es Ihrem Posener Korrespondenten gern zugestehen, daß Rußland im Westen für den Augenblick wenigstens keine Eroberungen machen will, ja dies allein spricht für die Richtigkeit meiner Behauptung, daß es sich hier weniger um eine Gesammtbeherrschung aller slavischen Lande, als um die Selbstherrschaft Rußlands handle. Rußland strebt natürlich für jetzt blos nach dem Besitze der Donau-Fürstenthümer und nach der endlichen Beherrschung des Mittelmeeres, weil ihm ja dann die anderen slavischen und deutschen Staaten von selbst tributär werden. Was nützt Rußland jetzt Galizien oder der slavische Theil Ungarns, selbst, wenn es, wie Ihr Korrespondent übrigens irrig behauptet, dort auf bedeutende Sympathien rechnen könnte? Es würde sich

*) Eine zweite telegraphische Depesche meldet, daß diese Beleuchtung prachtvoll gewesen sei. Eine dritte endlich, datirt vom 20. November, Nachts 11 Uhr, meldet: „Die Abreise Sr. Maj. ist bis zum Freitag den 23. d. M. früh verschoben, an welchem Se. Maj. in Budweis Nachtruhe halten, und den 24. Abends in Linz eintreffen werden. Heute war große Tafel bei Sr. Majestät Kaiser Franz Joseph.“

nur die schon ohnedem allzulang gestreckte Linie seiner Staaten vergrößern, ohne seine Macht zu verstärken, ohne sie zu kondensiren. Ist aber Rußland Beherrscher der Dardanellen, beherrscht es durch seine Flotte das Mittelmeer, während schlagfertige Armeen längs der Weichsel und Donau Oesterreich, Preußen, das gesammte Deutschland und durch diese selbst Frankreich und Italien im Schach halten, wer kann sich dann der Verwirklichung seiner Pläne entgegenstellen, wer den als bescheidenen Panslavismus aufgetretenen, nun zum riesenhaften **Panrussismus** angewachsenen Koloß verhindern, mit seinen Armen eine Welt zu umfassen?! Im Angesichte solcher unabweislichen Thatsachen muß es die gebieterische Pflicht aller civilisirten Staaten und aller Organe der Presse, besonders der deutschen sein, durch Wort und That den russischen Bestrebungen in jedem Felde entgegenzuwirken und gegen alle Einflüsse der modernen Tamerlane auf der Hut zu sein, um Europa vor dem Einfalle der Barbarei zu schützen!

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 9. Nov. [Der Konflikt. — Rüstungen.] In Folge der aus Paris und London eingelaufenen Depeschen, hatte sich der Ministerrath mehrmals versammelt, und mit den Gesandten Englands und Frankreichs wiederholte Besprechungen gehalten. Den letzten Nachrichten zu Folge liegt die englische Flotte bei den Dardanellen, und die französische bei Vurla vor Anker. — In Adrianopel beschäftigt sich die Regierung mit der Aushebung von Rekruten. (Wiener Z.)

Griechenland.

Athen, 8. Nov. [Auflösung der Kammern. — Russischer Protest.] Se. Maj. der König von Griechenland hat die Kammern aufgelöst, und gleichzeitig für den 22. Dezember wieder einberufen. Die Gerüchte über Ministerial-Kombinationen haben sich nicht bestätigt. — Einem im „Journal de Constantinople" enthaltenen Brief aus Sira zu Folge, hat das **Petersburger Kabinet einen energischen Protest gegen die, den politischen Flüchtlingen in Griechenland gewährte Gastfreundlichkeit eingelegt.** (Wiener Z.)

Frankreich.

× **Paris**, 19. Novbr. [Die Parteien beobachten sich. — Absetzung von Präfekten. — Schweizer-Angelegenheiten. — Aus Turin.] Die Spaltungen unter den Parteien dauern fort; die Legitimisten fangen an einen Verein für sich zu bilden. Die Fraktionen beobachten sich gegenseitig, das ist die gegenwärtige Lage der Dinge. — Ueber die Abänderungen in dem Personal der Präfekten scheint das Gouvernement nun endlich zu einem Entschlusse gekommen zu sein. Der Moniteur soll morgen, wie versichert wird, die Absetzung von 12 Präfekten erster Klasse bringen. Ihre Nachfolger gehören der alten Verwaltung an. — Mehr als jemals wird wieder von dem Entschlusse der Großmächte gesprochen, ernstliche Reklamationen an die Schweiz in Betreff der Flüchtlinge zu richten und nöthigenfalls zum Frühling eine bewaffnete Demonstration vorzunehmen, um die Schweizer-Regierung zum Ausweisen sämmtlicher Flüchtlinge zu zwingen. Der Ausfall der Wahlen in Genf zu Gunsten der demokratischen Partei soll diesem Entschluß der Großmächte, unter denen sich auch Frankreich befindet, noch mehr Nachdruck gegeben haben. — In der Sitzung der Deputirten-Kammer in Turin am 15. hat die Debatte über den Friedensvertrag mit Oesterreich plötzlich eine neue Wendung genommen und die Kammer beschloß, im Sinne der äußersten Linken, den Vertrag in seinen Einzelnheiten zu diskutiren. Wiewohl, wie die Linke auch weiß, daß sie den Vertrag nicht wird umstoßen können, so provozirte sie doch die Diskussion, um Gelegenheit zu haben, gegen die erzwungene Annahme des Vertrages feierlichen Protest einzulegen.

Spanien.

Madrid, 13. November. [Verschiedenes.] Der Clamor publico bestätigt in seiner heutigen Ausgabe das Erscheinen von mehreren karlistischen Banden in Katalonien. — Der König wohnte dem Festessen, welches die Königin dem Prinzen Georg von Preußen gab, bei.

Rußland.

Von der russischen Grenze, 16. Novbr. [Beachtung der Kartell-Verträge.] Es ist oft über den Kartellvertrag mit Rußland Beschwerde geführt, ich selbst habe Ihnen vor Kurzem eine Grenzverletzung von Seiten der Russen gemeldet, in der Presse wird vielfach auf die entsetzliche Demoralisation der Grenz-Bevölkerung hingewiesen und doch geschieht gar nichts zur Abhülfe dieser Uebel. Nach dem Kartellvertrage sollen Deserteure und Verbrecher gegenseitig ausgeliefert werden. Von russischer Seite wird dies Recht geltend gemacht, wo es demselben von einiger Wichtigkeit scheint, dagegen kümmert sich Rußland sehr wenig um die Erfüllung der im Kartellvertrage eingegangenen Pflicht. Als Beweis diene das folgende Faktum. Aus den Schmugglern hat sich eine Räuberbande gebildet, welche schon seit langer Zeit unsere Gegend beunruhigt und an deren Spitze der berüchtigte Randons Crotinus steht, welcher fast ein Jahr lang im Gefängnisse des Kreisgerichts zu Ragnit gesessen hat, weil er wegen eines Raubanfalls in Untersuchung war. Derselbe entfloh aus der Haft und sammelte alsbald eine Schaar Schmuggler um sich, mit denen er auf russischem Grund und Boden sogleich zahlreiche Räubereien ausführte. So sollte man meinen, wäre er auf russischem und preußischen Gebiete zugleich verfolgt worden. Aber nicht doch, es scheint, als wenn namentlich von russischer Seite andere Rücksichten obwalten. So fanden preußische Gensdarmen, von denen im Ganzen etwa 6, sage sechs Mann, und mit ihnen 20 Mann Dragoner und eine Kompagnie Füsiliere, zur Vertilgung der Bande aufgebrochen sind, ihn am 14. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, in einem russischen Grenzwachhause unter den Grenzsoldaten ganz gemüthlich sitzen. Als sie die Russen aufforderten, den Mann zu arretiren, wurden sie auf preußisches Gebiet zurückgetrieben und mußten es ruhig mit ansehen, wie der Räuber, mit einem russischen Soldatenmantel bekleidet und auch ohne nur im Entferntesten behindert zu werden, aus dem Wachthause sich in den Wald entfernte. Die Requisition wegen des Crotinus war schon vorher an den russischen Grenzkommissarius abgegangen; derselbe aber hatte geantwortet, daß er, so wie ihm der Uebertritt des Crotinus gemeldet werden würde, auch seine Aufhebung sogleich verfügen würde. Er scheint also für jeden einzelnen Fall eine Requisition zu verlangen. So ist der Crotinus gegen seine Aufhebung auf russischem Gebiete durch die Umständlichkeit des Requisitionsverfahtens geschützt, ebenso wie durch die Sympathien der russischen Soldaten. So erfüllt Rußland den Kartellvertrag, während Preußen jeder Requisition genügt. — Der russische Vorgesetzte des in jenem Wachthause kommandirenden Sergeanten antwortet auf die Beschwerde des preußischen Grenz-Kommissarius über den erzählten Vorfall: seine Leute hätten Recht gethan, wäre er an Ort und Stelle gewesen, er hätte die preußischen Gensdarmen wegen der Grenzverletzung binden lassen. Die preußischen Grenzbehörden sind viel nachsichtiger. Ich habe Ihnen zu seiner Zeit von einer Haussuchung berichtet, welche Kosacken bei einem preußischen Bauern und Landwehrgardisten gehalten haben. Die angestellte Untersuchung ist niedergeschlagen, da der den Kosaken-Pulk kommandirende Offizier aussagte, er habe geglaubt, der durchsuchte Hof sei noch auf russischem Gebiete. (Ostsee Z.)

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 22. November. Bei der Durchreise Ihrer Majestät der Königin überreichte Herr Brichant derselben ein von Herrn Kanzlei-Inspektor Pedell verfaßtes Gedicht. Hierauf ist Letzterem heute nachstehendes Handschreiben zugekommen:

„Das Mir bei Meiner Durchreise durch Breslau „übersandte Gedicht habe Ich mit Dank entgegen-„genommen. In Anerkennung der ausgesprochenen „treuen und anhänglichen Gesinnungen verbleibe Ich „Ihre wohlgeneigte Elisabeth.

„Sanssouci, den 15. Nov. 1849."

Breslau, 22. November. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurden die Herren: Oberamtmann Seidel mit 97 Stimmen gegen 5, und Lieutenant v. Langendorf mit 60 Stimmen gegen 42 zu unbesoldeten Stadträthen gewählt.

§§ **Breslau**, 22. Nov. [Die physikalisch-chemischen Vorlesungen] des Dr. Delbrück, welche an zwei Abenden der Woche in einem Klassenzimmer des Elisabet-Gymnasiums stattfinden, erfreuen sich einer nicht unbedeutenden Theilnahme. Selbst das schöne Geschlecht ist unter der Zuhörerschaft vertreten. Die möglichst populäre und anschauliche Behandlung des interessanten Stoffes machen die Vorträge des Herrn Delbrück ebenso anziehend, als belehrend. Sämmtliche Experimente, die bisher zur Anwendung kamen, wurden von dem besten Erfolge gekrönt, namentlich überraschte ein letzthin gemachter Versuch mit zwei kleinen Luftballons aus Schieß-Baumwolle. Dem Vortragenden ist der reiche Apparat des Elisabet-Gymnasiums zur Verfügung gestellt. Mit vieler Umsicht weiß Herr Delbrück aus dem unbegränzten Gebiet der Naturlehre die wichtigsten Gegenstände herauszuheben und gleichzeitig den nöthigen innern Zusammenhang herzustellen. So wurde die Lehre von den allgemeinen Eigenschaften der Körper und die damit verbundenen Gesetze in bündiger Kürze dargestellt und durch zahlreiche wohlgelungene Beispiele der Experimental-Physik verdeutlicht. Das dankbare Auditorium folgt dem Vortragenden mit der ungetheiltesten Aufmerksamkeit.

E. Der Landbau Oberschlesiens in Parallele mit dem von Niederschlesien.

Seit einigen Jahren hat sich ein nicht unbedeutender Getreidehandel von Niederschlesien nach Oberschlesien eingeleitet. In früheren Zeiten war das gerade umgekehrt und es ward eine Menge von Getreide, besonders aus den guten Gegenden des linken Oderufers, nach Niederschlesien gebracht. Eine doppelte Ursache hat den Wechsel dieses Getreidehandels herbeigeführt. Die eine liegt in der Zunahme der Bevölkerung, mit welcher in Oberschlesien die steigende Agrikultur nicht gleichen Schritt hält, und die andere in der gegen sonst viel geringeren Zufuhr aus Polen und Galizien. An letzterem sind theils politische Verhältnisse, theils Mißernten in jenen Ländern schuld. Aber so wie diese ward auch Oberschlesien ein paar Jahre hintereinander von Mißwachs betroffen, von dem es sich auch jetzt noch nicht ganz erholt hat. Es ist aber dieser Landestheil einer solchen Kalamität mehr und leichter ausgesetzt, wie Niederschlesien, und zwar aus folgenden Gründen. Zum ersten bringt erfahrungsmäßig nasse Witterung viel eher Mißwachs, wie trockene, und an derselben leidet Oberschlesien sehr leicht, weil sein Boden, trotz der vielen Sandstrecken, wegen undurchlassender Unterlage schnell von Nässe übersättigt wird und dann die auf ihm stehenden Früchte aussauern. Zum nächsten sind dort, wegen der verhältnißmäßig sehr bedeutenden Waldungen die feuchten Niederschläge sehr stark und die Verdunstung gering, so daß die Nässe bald sehr überhand nimmt. Zum dritten ist aber dort auch die Agrikultur noch nicht bis zu der Stufe gestiegen, wie in Niederschlesien. Es soll darin für jenen Landestheil kein Vorwurf oder Tadel liegen, denn die Ursachen sind in den Landesverhältnissen und namentlich auch darin zu suchen, daß derselbe zur Zeit, d. i. vor etwa einem halben Jahrhundert, als Niederschlesien schon in hoher Kultur war, sich fast noch in dem Zustande einer Wüste befand. Hätte er nun auch seitdem mit diesem gleiche Fortschritte gemacht, so wäre er, der natürlichen Folge gemäß, doch immer in derselben Distance zurückgeblieben. Nun aber waren solchen Fortschritten die dasigen Landesverhältnisse entgegen, weil durch die Berg- und Hüttenwerke und die mit ihnen verbundene Vekturanz dem Landbau eine Menge von Händen und Arbeitskräften entzogen werden. Namentlich ist es die letztere, welche die Bauern von ihren Wirthschaften entfernt und sie dieselben vernachläßigen läßt. Die dadurch so sehr zurückgesetzte Agrikultur ist aber nicht geeignet, die Produktionsfähigkeit zu erhöhen; auch leistet sie dem Mißwachs Vorschub, wogegen verständig und fleißig betriebener Landbau dessen Wirkungen vermindert. Man ist in der Regel geneigt, diese zurückgebliebeue Kultur der Nationalität (dem Slaventhume) des Oberschlesiers zuzuschreiben, begeht aber damit eine Ungerechtigkeit gegen ihn. Denn es ist notorisch, daß der Slave (man sehe nur den Polen und Tschechen) seinen Acker fleißig und sorgsam bestellt und daß es bei ihm nur der Belehrung bedarf, um einen verständigen Betrieb in seine ganze Oekonomie zu bringen. Daß aber der oberschlesische Bauer sein Feld und überhaupt seine Oekonomie vernachläßigt, das liegt eben in der schon angeführten Vekturanz bei den Berg- und Hüttenwerken, mit welcher er mehr zu gewinnen glaubt, wie mit der Oekonomie. Den Schaden zu berechnen, den er mittelbar dadurch erleidet, das liegt einstweilen noch außer seiner Fassungskraft.

Wenn nun zu alledem noch ein unsicherer und undankbarer Boden kommt, so darf man sich nicht wundern, wenn die Erträge niedriger sind, wie in Niederschlesien, und wenn dann auch bei ungünstiger Witterung dort viel eher Mißwachs stattfindet, wie hier. Und wenn man hierzu noch die zunehmende Bevölkerung rechnet, so findet man es natürlich, daß in jenen Gegenden leicht Hungersnoth entsteht, wie dies vor zwei Jahren in einem so erschütternden Grade der Fall war.

Man fragt aber billig, ob diese Noth und die hohen Fruchtpreise, wie sie jetzt immer in Oberschlesien sind, nicht ein Sporn sein werden zu größerem Fleiße und höherer Intelligenz im Landbau? Das ist allerdings zu erwarten und es müssen da vor Allen die Dominialgutsbesitzer den ersten Impuls geben und mit gutem Beispiele vorangehen. Zum Theil geschieht solches schon, auch bemerkt man hin und wieder bereits, daß die Bauern darauf aufmerksam werden und nachfolgen. Nur sind hier zu viele Schwierigkeiten zu besiegen, als da sind: das Klima, welches hier bei weitem rauher und ungünstiger ist, wie in Niederschlesien; welcher vielmehr ein undankbarer als ein dankbarer ist; und dann die Menschen, die sich dem Ackerbau zu sehr entwöhnt haben, und sich beim Betriebe desselben gar zu sehr dem Schlendrian und der Trägheit überlassen. Vom dasigen Boden sagte einst ein Gutsbesitzer witzig und treffend: „Er habe ein schönes Gesicht, aber ein schlechtes Herz." Das gilt aber auch nur von den Strichen, wo der Boden lehmhaltig und gebunden ist. Denn die vielen und bedeutenden Sandstrecken empfehlen sich auch durch ihr äußeres Ansehen nicht.

Das Gesagte ist fast einzig und allein auf das rechte Oderufer anzuwenden; denn auf dem linken liegt von Neustadt an bis über Ratibor hinauf ein so reicher und fruchtbarer Boden, wie wir in der ganzen Provinz keinen bessern haben. Dieser Theil hilft da

her auch dem jenseitigen sehr aus, und es würde derselbe, wenn dies nicht wäre, noch ungleich mehr Zufuhr aus Niederschlesien bedürfen. — Eine Bemerkung habe ich zum Schlusse noch zu machen, und das ist die: Man wundert sich oft, daß der Preis der Landgüter und überhaupt des ländlichen Grundeigenthums in Oberschlesien so unverhältnißmäßig niedrig gegen den in Niederschlesien steht. Erwägt man Alles, was ich hier mitgetheilt habe, so wird man finden, daß auch selbst bei dem so sehr wohlfeilen Preise wenig Gewinn zu machen sei. Zu alle dem kommt dann noch die Sprache, die manchen Deutschen abhält, sich dort anzukaufen. Daß man übrigens aber auch dort den wahren Werth des Ackers zu würdigen verstehe, das hat sich bei den Dismembrationen einiger Güter in der Nahe von Leobschütz gezeigt, wo man für den Morgen 100 Thaler und darüber bezahlte. Man möchte daraus den Schluß ziehen, daß alle die, welche bei einer Ansiedelung in Oberschlesien billiger weg zu kommen hoffen, wie in Niederschlesien, wohl thun werden, wenn sie erst alle Verhältnisse genau prüfen, um nicht einen übereilten Schritt bereuen zu müssen.

Rosenberg, 19. Nov. [Militärisches.] Vorgestern rückte hier in die Stelle der jüngst nach Neisse abmarschirten Landwehr-Kompagnie die 4. Kompagnie des 23. Linien-Infanterie-Regiments ein. Wie es heißt, hat unsere Stadt jetzt Aussicht eine beständige Garnison Kavallerie zu erhalten und ist von unseren Kommunal-Vertretern bereits der Beschluß gefaßt worden, ein Lazareth und einen Garnisonstall zu erbauen. (Telegr.)

[Berichtigung.] Aus Versehen ist in der gestrigen Ztg. der Bericht, die Prüfung des Staats-Budgets betreffend, unter die Rubrik „Lokales", statt unter „Inland" gestellt worden.

Für Oekonomen, Bäcker, Gastwirthe 2c.

Bei J. D. Grimm in Lützen ist erschienen, vorräthig bei **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau**, Herrenstraße Nr. 20:

Pfarrpachter **Merkels' Geheimniß, ein einziges Weizenkorn binnen Jahresfrist mehr als 500,000fach zu vermehren** und von kleinen Flächen einen enormen Körnerertrag zu erzielen. Gegründet auf praktische Versuche, mitgetheilt von ihm selbst. Preis (verklebt) 1 Thlr.

Geheimnisse über die Fabrizirung einer Kunsthefe, einem **Sauerteig**, welche ein Jeder in seiner Behausung verfertigen und nach 24 Stunden mit dem besten Erfolg anwenden kann und auch auf 3 Monate zur Aufbewahrung haltbar sind. — **Bärme** oder **trockene Hefe**, **Spiritus-Sättigung** oder **Spiritus** zu 100% Stoppani zu verfertigen und **Spiritus** in beliebiger Farbe abzuziehen. **Vierte Aufl.** Preis (verklebt) 7½ Sgr.

Vortheilhafte Anweisungen saures Bier in einer halben Stunde wieder rein, gut und trinkbar zu machen, **trübes Bier** in 12 Stunden ganz hell zu klären, **rothem Wein Blume zu geben, farbigem Wein, Rum 2c.** hellere Farbe zu verschaffen und in einer Stunde einen guten **Essig** zu liefern. **Zweite Aufl.** Preis (verklebt) 7½ Sgr.

In allen Buchhandlungen ist auf Bestellung zu haben:

Settegast, Administrator der königl. preuß. Domaine Proskau, und Lehrer der Landwirthschaft an der landwirthschaftlichen Lehranstalt daselbst, Anleitung zur Wirthschaftsführung auf größeren Landgütern mit besonderer Berücksichtigung der Lage des ländlichen Arbeiters. Ein Beitrag zur landwirthschaftlichen Betriebslehre.

8. Geh. (Oppeln.) In Kommission bei Graß, Barth u. Comp. in Breslau. Preis 20 Sgr.

Inhalt. Einleitung. Welche Eigenschaften muß der Landwirth besitzen, um bei Bewirthschaftung eines größeren Gutes in der Ausübung seines Berufes glücklich zu sein? — Was bestimmt die Wahl eines landwirthschaftlichen Unternehmens? — Organisation der Wirthschaft. — Die Arbeit in der Landwirthschaft. — Die Wirthschafts-Beamten. — Geschäfts-Anweisung für den Amtmann. — Desgleichen für den Hof-Verwalter. — Die Unterbeamten. — Abkommen mit den Arbeitern. — Die Gespannkräfte. — Die Verwendung der in der Landwirthschaft thätigen Arbeitskräfte. — Die landw. Buchführung. — Der Landwirth in seiner Thätigkeit als Wirthschafts-Dirigent.

Wir haben heute den Herren

Bunke u. Comp. in Breslau

von unserem

gemahlenen Glas-Düngergyps

die Haupt-Niederlage für Schlesien übergeben. — Unser Gyps, bisher noch nie nach Niederlagen versandt, zeichnet sich durch seltenen Reichthum an Düngungsstoff vor allen übrigen ober- und niederschlesischen Gypsarten vortheilhaft aus, und bitten wir, ihn namentlich von dem gemein „oberschlesisch" genannten, zu unterscheiden.

Am 1. November 1849.

Die vereinigten Gypsgruben zu Dirschel und Katscher.

Mit Bezugnahme auf vorstehende Anzeige empfehlen wir den gedachten Gyps zur geneigten Abnahme.

Bunke u. Comp.,
Büttnerstraße Nr. 32, Rosenthalerstraße in den 3 Linden und Salzgasse.

Der Ausverkauf von Mode-Waaren

im **Hotel** zum **„blauen Hirsch"**, **Ohlauerstraße Nr. 7**, bei **J. Schlesinger**, beginnt mit dem heutigen Tage. Breslau, den 23. November 1849.

Lager weißer Schweizer-Waaren

von **Gebr. Hechinger** jun. aus Buchau und St. Gallen, **Schweidnitzerstraße Nr. 5** im goldnen Löwen erste Etage. Zur gefälligen Notiz unsern verehrten Bekannten.

Da wir vom kommenden Neujahr an zu Gunsten unserer en gros Käufer nur noch Stückweise verkaufen, so bezwecken wir dieses Mal gänzliche Räumung unseres Lagers welches besteht in

7/4 bis 20/4 gestickt und broch.
Gardinen pr. Fenster von 1 bis 20 Rtlr.
Ballkleider pr. Stück 1¾ bis 4 Rtlr.
Bettdecken in Piquee und Damast 1⅓ bis 4 Rtlr.
Ramage zu Bettgardinen v. 2 bis 3 Rtlr.
Battiste, Cambrics 3½ Rtlr.
5/4 bis 10/4 **Croise** zu **Rouleaux, Spottets** und **Piquee** zu Nachtjacken pro Stück 2½ bis 5 Rtlr.
Unterröcke pro Dtzd. 6 bis 12 Rtlr.
Futtermulls, Organdis 2c.
Leine Taschentücher pro Dtzd. 1¾ Rtl.
Gest. " " " 2 Rtlr.

Eine Partie fein **gestickter Ballkleider** in weiß und couleurt, deren Fabrikpreis 7 bis 8 Rtlr. ist, geben wir zu 2½ bis 4 Rtlr. — **Fenstervorsätze** pro Dutzend 1½ Rtlr. — Zurückgesetzte **Gardinen** unter dem Fabrikpreise.

Ein routinirter Handlungs-Commis sucht in einem Comtoir Beschäftigung. Auf hohes Salair wird nicht reflektirt. Gefällige Offerten beliebe man unter der Adresse A. S. Ohlauer Straße Nr. 2 abzugeben.

Ein junger Mann, welcher 500 Rthl. Caution erlegen kann, und seit 10 Jahren bei der Landwirthschaft ist, sucht zu Weihnachten d. J. ein Unterkommen als Verwalter oder Rentmeister.

Darauf Reflektirende können auf frankirte Briefe unter Chiffre J. 60. Breslau poste restante das Nähere erfragen.

Heute Mittag und Abend, wie alle Freitage gesottene Karpfen. **Sabisch**, Reuschestr. 60.

Zwischen dem Tauenzienplatz und der Klosterstraße ist eine kleine goldene Damenuhr, nebst derartiger Kette und Haken verloren worden. Wird dieselbe gefunden, so ist sie Tauenzienplatz 7 abzugeben.

Doppelt raffin. Rüböl,

für dessen **Vorzüglichkeit** ich garantire, empfehle im Einzelnen und im Ganzen zum **billigsten Preise.**

W. Schiff,
Reusche Straße Nr. 58/59.

4000 Rthlr.

werden auf eine Apotheke zur ersten Hypothek gesucht. Anerbietungen werden entgegengenommen von

Ed. Vetter, Junkernstr. Nr. 8.

Wollene

Umschlagetücher

werden zu Fabrikpreisen verkauft bei

Metzenberg u. Jarecki,
Kupferschmiedestr. 41, zur Stadt Warschau.

Aus einer **bedeutenden Zuckerfabrik** empfängt wieder wöchentlich **Kommissions-Sendungen aller Zuckersorten in bester trockner Qualität** und empfiehlt dieselben zum billigsten Fabrikpreise:

die Niederlage bei
W. Schiff,
Reusche Straße Nr. 58/59.

Guter Hopfen

ist zu verkaufen in der Oder-Vorstadt im polnischen Bischof.

Neue Gasse Nr. 18 an der Promenade ist der 2. Stock nebst Gartenbenutzung zu vermiethen.

Der Herr, der so gütig war, den Dachshund, Breite-Straße Nr. 3, wiederzubringen, wird gebeten, die versprochene Belohnung abzuholen.

Verloren.

Es ist am 9. d. M. auf der Chaussee zwischen Kleinburg und Bettlern ein Geldbeutel von brauner Seide mit eingehäkelten Goldperlen, 9 bis 10 Rtl. enthaltend, verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, ihn gegen eine gute Belohnung Sandbrücke Nr. 18 zurück zu bringen.

Gesuch.

Ein militairfreier, gebildeter, junger Mann, der die Landwirthschaft erlernt, sucht baldigst, spätestens Termin Weihnachten, einen Posten als Wirthschafts-Schreiber oder Beamter, wo möglich auf einem recht großen Gute. Da sich derselbige noch mehr ausbilden will, so wird nicht so sehr auf allzu großes Gehalt, als auf eine humane und gute Behandlung gesehen. Geneigte Offerten bittet man unter der Adresse A. B. S. poste restante Canth baldigst einsenden zu wollen.

Billigst,

höchst sauber und fein wird weiße Wäsche genäht; auch werden Bestellungen zur Ausstattung angenommen: Heiligegeiststraße 17, 1 St. hoch vornheraus.

Stähre-Verkauf.

Den 1. Dezember d. J. beginnt der Stähre-Verkauf auf meinem Gute **Borislawitz**, 2 Meilen vom Koseler Bahnhof. Die Heerde ist frei von jeder Krankheit. **Fölckel.**

Täglich frische Bratwurst,

zu haben bei **J. Frentzel,**
neue Schweidnitzerstr. 6, im golden. Löwen.

Frisches Rothwild,

von Rücken und Keule à Pfd. 3 Sgr., Vorderkeule à Pfd. 2 Sgr., Kochfleisch à Pfd. 1½ Sgr., so wie auch Rehwild und Fasanen empfiehlt: **W. Beier**, Wildhändler, Kupferschmiedestraße 16.

Ein 6oktav. Flügel steht billig zu verkaufen Nikolaistraße 43, 1 Stiege.

Frische

spanische Weintrauben, Gänse-Sülzkeulen, Hamb. Speckbücklinge, Pomm. Gänsebrüste,

empfiehlt von neuen Sendungen:

bei Gustav Scholtz,
Schweidnitzerstr Nr. 50, Ecke der Junkernstr.

Pariser **Bienen-** und **Blätter-Knöpfe**, das Neueste zur Garnirung der Ballkleider, empfiehlt:

F. Deutsch, Schuhbrücke Nr. 62,

Für Daguerreotypisten.

Berliner Daguereotyp-Platten bester Qualität zu Fabrikpreisen bei **Otto Richter**, am Ringe Nr. 45.

Ein geehrtes Publikum mache ich hiermit aufmerksam, daß ich von heute ab meine auf Braunschweiger Art verfertigte **Cervelat-Wurst** zu dem Preise von 7½ Sgr., ebenfalls geräucherten **Schinken** zu 5½ Sgr., **Speck** zu 6 Sgr. und **Rauchfleisch** mit 5 Sgr. das Pfund verkaufe und bitte um gütige Abnahme.

L. Vogel,
Fleischermeister und Wurst-Fabrikant,
Ohlauer Straße Nr. 43.

Nikolaivorstadt, Mittelgasse Nr. 2, eine Treppe hoch, ist ein noch gut erhaltener Herrn-Mantel wohlfeil zu verkaufen.

Varinas-Melange à Pfd. 8 und 10 Sgr., **Rollen-Varinas** à Pfd. 15 Sgr. empfiehlt:

J. Triest,
Ohlauer Straße Nr. 24.

Eine goldene Uhr ist am Sonntage früh von der Vorwerksstraße bis zur Bernhardin-Kirche verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird ersucht, dieselbe gegen angemessene Belohnung in der Expedition der Schlesischen Zeitung abzugeben.

Gartenstraße Nr. 34 ist eine Wohnung von 5 Piecen bald, auch Weihnachten zu beziehen.

Wohnungs-Vermiethung.

An der Reitbahn in der Nikolai-Vorstadt ist zum Neujahr eine Wohnung zu vermiethen.

Eine Wohnung von 3 Stuben, Küche und Zubehör, im ersten Stock, für 60 Rthlr., ist am 2. Januar zu beziehen, und das Nähere Herrenstraße Nr. 20, im Comtoir, zu erfragen.

Zu vermiethen

und Weihnachten zu beziehen ist der zweite Stock, aus 6 Stuben bestehend, auch getheilt, Heilige-Geist-Str. 20. Näheres parterre links.

Hummerei Nr. 27, zwei Stiegen vorn heraus, ist eine möblirte Stube mit Bett für einen einzelnen Herrn zu vermiethen und zum 1. Dezember zu beziehen.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Postmeister Zelonski aus Brzesk. Landräthin Hufeland aus Marksdorf. Frau von Pförtner aus Pitschen. Inspektor Freudenreich aus Bunzlau. Partikulier Haugwitz aus Berlin.

---

21. u. 22. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"8,75'''	27"8,63'''	27"8,70'''
Thermometer	— 0,0	— 1,9	+ 0,7
Windrichtung	NW	WNW	NNW
Luftkreis	bed. Schnee	m. heiter	m. überw.

Auktionen in Breslau.

Den 24. November, Vormittag 10 Uhr, Breitestr. 42, Rum, Wein, Cigarren.
Den 24. November, Nachmittag 2 Uhr, Breitestr. 42, Schnittwaaren.

Börsenberichte.

Paris, 19. November. 3% 56. 75. 5% 89. 55.

Berlin, 21. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 94⅜ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 70½ à 69½ bez., Prior. 4% 85½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 52 à 51½ bez. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83⅜ bez. und Br., Prior. 4% 93½ bez. und Gl, Prior. 5% 102¾ bez., Ser. III. 5% 102 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 108¾ Gl., Litt. B. 105 Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106½ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 89 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101¾ Br. Posener Pfandbriefe 4% — — 3½% 90 Gl. Preußische Bank-Antheile 94 à 93 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Br., neue 4% 95⅜ Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 80½ Br., à 300 Fl. 112 Gl.

Fortgesetzte Verkäufe, sowie niedrigere auswärtige Notirungen drückten die Kourse von Eisenbahn-Aktien. Fonds ebenfalls etwas matter, das Geschäft im Allgemeinen gelähmt.

Wien, 21. November. Anfangs beliebt, blieben Fonds und Eisenbahn-Aktien zu Ende flauer. Bank-Aktien und Loose von 1839 sind höher bezahlt worden. Devisen und Comptanten stark angetragen, sind um ½ bis ¾% wieder zurückgegangen. 2¾ Uhr. 5% Metal. 94⅛ bis ¼; 4½% 83⅞ bis 15/16; Nordbahn 108 bis 108⅛.

Breslau, 22. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Gl. Kaiserliche Dukaten 95½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112 7/12 Br. Polnisches Courant 96 5/12 Gld. Oesterreichische Banknoten 95 5/12 Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Freiwillige Preußische Anleihe 106 5/12 Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3½% 89 1/12 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3½% 96¾ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99½ Gld., neue 3½% 90 Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 94¾ Gl., Litt. B. 4% 99 Br., 3½% 92⅚ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95 Gld. Polnische Schatz-Obligationen 4% 80¾ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81¼ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 79¼ Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 108¾ Gld., Litt. B. 105 Gld. Krakau-Oberschlesische 69⅔ Br. Niederschlesisch-Märkische 84 Br., Priorität 5% — — Serie III. — — Neisse-Brieger 41 Br. Köln-Mindener 94¼ Gld., Priorität 103 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 51⅓ Gl. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat 142 11/12 Gld. Berlin 2 Monat 99¼ Gl., k. Sicht 100⅙ Br. Hamburg 2 Monat 149½ Br., k. Sicht 150⅚ Br., 150⅙ Gl. London 3 Monat 6. 25⅚ Gl. Paris 2 Monat 80⅚ Gl.

Getreide-, Oel- und Zink-Preise in Breslau, den 22. November.

Weizen, weißer 55, 49, 41 Sgr.; gelber 50, 44, 37 Sgr. Roggen 27½, 26, 24 Sgr. Gerste 24, 22, 20 Sgr. Hafer 18, 17, 16 Sgr. Rother Kleesaamen 10 bis 14 Thlr.; weißer 6 bis 14 Thlr. Spiritus 5⅚ Thlr. Gl. Rohes Rüböl 14¾ Thlr. bez. Zink ohne Handel. Rapps 111, 108, 106 Sgr. Rübsen 93, 90, 87 Sgr.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. — Redakteur: Nimbs.